



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesrat

# TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRATES

Vorsitz Oberösterreich (2. Halbjahr 2015) und Salzburg (1. Halbjahr 2016)



**Bundratspräsident  
Gottfried Kneifel**

Mehr Demokratie,  
mehr Europa, mehr Zukunft!



© Parlamentsdirektion/SIMONIS

Drei Themen haben die ober-österreichische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2015 geprägt: Europa, Demokratie sowie "Digitaler Wandel und Politik".

Gleich in der ersten Plenarsitzung haben wir das – noch in der vorherigen Präsidentschaft beschlossene – Rederecht von Mitgliedern des Europäischen Parlaments umgesetzt. Der Bundesrat war Schrittmacher, der Nationalrat folgte im Herbst! Auch in diesem Halbjahr hat der Bundesrat von seinem Verfassungsrecht Gebrauch gemacht, die Entflechtung der gegenseitigen Zustimmungsrechte zwischen Ländern und dem Bund mittels Gesetzesantrag einzuleiten. Für diesen Antrag haben die Fraktionen der ÖVP, SPÖ und der Grünen gestimmt. Erfreulich waren die – von allen Fraktionen der BR-Präsidiale mitgestalteten – Initiativen zum Zukunftsthema "Digitaler Wandel und Politik". Zunächst die hochkarätige Auftaktveranstaltung mit Mathematik-Papst Universitätsprofessor Dr. Bruno Buchberger. Fast 1.000 Ideen langten dann auf der Internet-Plattform [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) ein. Diese wurden in einem Grünbuch veröffentlicht, das in der parlamentarischen Enquete zum Thema am 18. November 2015 zur Diskussion stand. Darauf aufbauend verabschiedete der Bundesrat eine EntschlieÙung.

Außerdem beschäftigten wir uns mit der "Zukunft des baukulturellen Erbes" sowie "Hochwasser – minus 20 Prozent" – einer Initiative, die den BodenfraÙ durch Hochwässer bereits in den Donau-Zubringerflüssen einzudämmen versucht. Mehrere Auslandsreisen dienten überdies der Pflege der Kontakte mit den Nachbarländern Österreichs.



**Bundratspräsident  
Josef Saller**

Lebenslanges Lernen  
für alle Altersgruppen



© Parlamentsdirektion/SIMONIS

Seit 200 Jahren gehört Salzburg zu Österreich. Für mich als Salzburger ist es daher eine große Freude, dass meine Vorsitzführung mit diesem besonderen Jahrestag zusammenfällt. Unsere Aufgabe als BundesrätInnen ist die Mitwirkung auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Sinne unserer Heimat- sowie aller Bundesländer. Eines meiner Anliegen war und ist es, diese Mitwirkung in den Dienst des lebenslangen Lernens zu stellen. Als ParlamentarierInnen sind wir verpflichtet – und ich als ehemaliger Pflichtschullehrer und Hauptschuldirektor besonders – mitzuhelfen, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass keine gesellschaftliche Gruppierung von modernen und digitalen Entwicklungen ausgeschlossen ist. Dabei geht es um die Bereicherung der Lebensqualität durch Bildung in der nachberuflichen Lebensphase und Verfahren zur Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kenntnissen in allen Bildungssektoren. Ein Zugang zu Bildung und Ausbildung unabhängig von Herkunft und Hintergrund ist nicht nur Voraussetzung für eine leistungsfähige Gesellschaft, sondern auch für ein funktionierendes Miteinander. Unser Bild vom Alter und von starren Altersgrenzen muss in einer Zeit, in der die Aussichten auf ein langes gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß sind wie noch nie, überdacht werden. Bildung stärkt den Einzelnen, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Bildung ist ein Grundrecht jedes Menschen. Sie trägt maßgeblich zur Entwicklung des Einzelnen und damit zur Gesamtentwicklung Österreichs und seiner Gesellschaft bei. Die Vernetzung von Alt und Jung bringt dabei unverzichtbare Chancen. Diese Chancen zutage zu fördern, das war mein Ziel für die Zeit meiner Vorsitzführung.



## Statements der Fraktionsvorsitzenden

### Länder und Bund nur gemeinsam erfolgreich

Mit diesem prägenden Satz begann LH Josef Pühringer aus OÖ seine Rede bei der Vorsitzübernahme im Bundesrat am 2. Juli 2015. Tatsache ist, dass die Länder eigenständige Mitglieder des Bundesstaates sind und keine nachgeordneten Organe des Bundes. Der Bundesrat ist deshalb auch ein starkes Symbol für die föderale Struktur und die föderale Tradition Österreichs. Die Länder können in das Verhältnis zwischen Bund und Länder sehr viel einbringen, und föderale Strukturen sind auch das beste Angebot für die Bürgerinnen und Bürger.

Es liegt auf der Hand, dass alle großen Herausforderungen der letzten Jahre nur dann erfolgreich bewältigt wurden, wenn Bund und Länder gut zusammengearbeitet haben. Wenn öffentliche Leistungen nicht nur auf zentraler Ebene bestimmt, sondern auf die entsprechenden unteren Ebenen verlagert werden, werden diese Leistungen kostengünstiger und den örtlichen Bedingungen angepasst.

Aus diesem Blickwinkel ist auch die Initiative des Bundesrates "Digitaler Wandel und Politik" unter der Präsidentschaft von Prof. Gottfried Kneifel zu sehen. Dabei ging es darum: Welche neuen Wege können in der Politik durch den digitalen Wandel beschritten werden? Was bedeutet Digitalisierung für andere Bereiche der Gesellschaft? Dazu wurde in einem offenen Beteiligungsverfahren auf der Plattform [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) gemeinschaftlich ein Grünbuch erarbeitet, bei dem mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik mitgeschrieben haben. Dieses Grünbuch wurde mit einem einstimmig beschlossenen Entschließungsantrag an die Bundesregierung zur weiteren Bearbeitung übermittelt. Eine weitere wirklich bemerkenswerte Initiative des Bundesrates!



**Edgar Mayer**

**Vorsitzender der Bundesratsfraktion der ÖVP**

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

### Zukunftsweisende Akzente setzen

Das Berichtsjahr 2015/2016 war ein sehr arbeitsintensives, und der Bundesrat war erfolgreich im Setzen zukunftsweisender Akzente. Mit Hilfe vieler interessierter Persönlichkeiten wurde ein Grünbuch über die Herausforderungen des digitalen Wandels an die Politik erstellt, welches als Grundlage für eine breit angelegte Enquete am 18. November 2015 diente. Die vielen TeilnehmerInnen sowie die breiten Diskussionen zeigten das Interesse an diesem Thema auf. Aber nicht nur der Inhalt selbst, sondern die erste Verwirklichung eines partizipativen Politikansatzes im österreichischen Parlament machte diese Enquete so zukunftsweisend. Ich gratuliere dem damaligen Bundesratspräsidenten Gottfried Kneifel und seinem Team zu diesem Erfolg.

Mein Beitrag zum letzten Tätigkeitsbericht trug den Titel "Einen Zukunftsausschuss für den Bundesrat". Ich freue mich daher besonders, dass es nach langen Verhandlungen gelungen ist, zwei neue Ausschüsse im Bundesrat zu etablieren. Dies ist zunächst der von mir angeregte Zukunftsausschuss und darüber hinaus der Kinderrechteausschuss. Damit fokussiert der Bundesrat seine Arbeit auf zwei Gesichtspunkte, die ineinander verwoben sind, nämlich die Zukunftsherausforderungen für die Politik und die Auswirkungen der Politik auf unsere Kinder, die ja bekannterweise unsere Zukunft bilden.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass unter Bundesratspräsident Josef Saller am 25. Mai 2016 zum ersten Seniorenparlament eingeladen wurde. Mit dieser Initiative zeigte der Bundesrat, dass er nicht nur als Sprachrohr der Bundesländer wahrgenommen werden will, sondern auch den Interessen der unterschiedlichen Altersgruppen eine Stimme verleiht.



**Reinhard Todt**

**Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ**

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

## Unterschiedliche Meinungen hören

Zwei Themenbereiche dominierten das vergangene Jahr im Bundesrat. Zwar wurden auch in der Länderkammer über 100 Gesetze insgesamt behandelt, aber die Steuerreform und die Flüchtlingskrise überlagerten auch im Bundesrat das Geschehen. Wie es in einer Demokratie selbstverständlich ist, prallen des Öfteren die verschiedenen Meinungen aufeinander. Bei der Steuerreform hat die Regierung ihre "größte Reform aller Zeiten" natürlich besonders gelobt, die Opposition sah das allerdings etwas anders. Der Vorwurf an die Regierung war, dass es sich dabei um eine Tarifreform handle, die die Steuerzahler über die diversen Erhöhungen aus der eigenen Tasche bezahlen müssten. Tatsächlich bleibt noch einiges zu tun, um von einer Reform sprechen zu können. Dem Steuerzahler bleibt zwar vorerst mehr in der Geldbörse, aber die kalte Progression wird das bald wieder verbraucht haben. Die Arbeitskosten und die Gesamtbelastungen inklusive Sozialversicherung sind im europäischen Vergleich nach wie vor sehr hoch.

Der Ansturm auf unsere Grenzen hat Österreich und damit die Regierung vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen, weil sich nach offiziellen Zahlen herausgestellt hat, dass eine Mehrheit keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention waren, und zum zweiten, weil viele einfach ohne Registrierung an andere Staaten durchgewunken wurden. Dass dabei die Meinungen auseinandergingen, ist völlig klar, weil es im Bundesrat eben auch verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Meinungen gibt. Keine hat das Recht auf absolute Wahrheit gepachtet. Man sollte beim Aufeinandertreffen verschiedener Ansichten aber darauf achten, den jeweils anderen mit Respekt zu behandeln und sich seine Argumente anzuhören.



**Monika Mühlwerth**

**Vorsitzende der Bundesratsfraktion der FPÖ**

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

## Stimme aus den Regionen

Im föderalistischen Österreich dient der Bundesrat als Drehscheibe zwischen Regionen und Bund, in zunehmendem Ausmaß aber auch nach Europa, vor allem durch einen selbstbewussten, aktiven EU-Ausschuss. Am 2. Juli 2015 konnten Mitglieder des Europäischen Parlaments im Rahmen einer Aktuellen Europastunde erstmals von ihrem Rederecht Gebrauch machen, welches im Frühjahr 2015 im Bundesrat beschlossen wurde. "Aktuelle Herausforderungen für Österreich und Europa" war das umfassende Thema, und es kam zu intensiven Diskussionen über Griechenlandkrise, Asyl und TTIP zwischen der Länderkammer, Mitgliedern der vier größten österreichischen Fraktionen im Europäischen Parlament und dem Außenminister. Digitaler Wandel, der Schwerpunkt im Herbst 2015, nahm Herausforderungen der digitalen Entwicklung, viele davon mit direktem Einfluss auf die Länder und den ländlichen Raum, unter die Lupe. Gerade in Zeiten der Abwanderung spielt der flächendeckende Breitbandausbau eine zentrale Rolle für die Zukunft der ländlichen Gebiete. Es gilt, wirksame Impulse zu setzen, um vor allem junge Frauen und gut ausgebildete junge Menschen in den Regionen zu halten. Das Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik", das von allen Fraktionen im Bundesrat getragen aus der oberösterreichischen Präsidentschaft hervorging, liefert konkrete Lösungsansätze aus einem partizipativen Prozess und wird in die "digital Roadmap Austria" Eingang finden. Engagierte SeniorInnen aus ganz Österreichs trafen sich im ersten Halbjahr 2016 zum Seniorenparlament und brachten ihre Meinungen und Erfahrungen in den Bundesrat ein. Dieser offenen, partizipativen Haltung über Grenzen und Generationen hinweg verschreibt sich der Bundesrat auch in Zukunft.



**Nicole Schreyer**

**Vorsitzende der Bundesratsfraktion der Grünen**

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

# Inhalt

## Grußworte der Bundesratspräsidenten Statements der Fraktionsvorsitzenden

### Digitaler Wandel

Digitaler Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik .....	5
<i>Michael Strugl</i> Oberösterreich etabliert sich als Digitalregion .....	7

### Lebenslanges Lernen

Vorsitzland Salzburg: Bundesrat als föderaler Bildungs-Think-Tank .....	9
---	---

### Oberösterreichische Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

Vorsitzland Oberösterreich .....	18
Demokratiereform und Föderalismus .....	19
Jugend .....	22
Europa .....	22
Gedenken .....	27
Enquete .....	27
Treffen und Besuche .....	28
Bilanz .....	33

### Stimmen aus Oberösterreich

<i>Viktor Sigl</i> Jugend für Demokratie begeistern .....	36
<i>Josef Pühringer</i> Als Partner gemeinsam erfolgreich sein .....	37

### Salzburger Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

Vorsitzland Salzburg .....	38
Europa .....	39
Gedenken .....	41
Besuche und Treffen .....	44
Jugend .....	50
Internationale Vernetzung .....	51
Bilanz .....	52

### Stimmen aus Salzburg

<i>Wilfried Haslauer</i> Föderalismus als Erfolgsgarant .....	54
<i>Kunst im Parlament</i> Maria Lahr und Gertraud Spreitz .....	55

### Statistik

Landtagswahlen und Bundesrat .....	56
Zahlen und Fakten .....	59

## Digitaler Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik

**Die Digitalisierung führt zu grundlegenden Veränderungen der Marktbedingungen. In mehr als jedem zweiten, nämlich in 55 Prozent der Unternehmen ändert sich als Folge der Digitalisierung das Geschäftsmodell. 70 Prozent der Unternehmen sehen die Digitalisierung als große Herausforderung.**

Damit rangiert der digitale Wandel gleichauf mit dem Fachkräftemangel und deutlich vor anderen internen und externen Herausforderungen wie einem scharfen Wettbewerb oder schwierigen Finanzierungsbedingungen.<sup>1</sup> In nur wenigen Jahren werden sich durch selbstfahrende Fahrzeuge Verkehrstelematiksysteme ändern



Gottfried Kneifel: "Die digitale Wertschöpfung darf an Österreich nicht vorübergehen, sondern muss aktiv gefördert und in das Zentrum von Politik, Parlament und Gesellschaft gestellt werden. Österreichs Zukunft sind unsere innovativen Betriebe und unsere gut ausgebildete Jugend!"  
© Initiative "ICH BIN ONLINE!" / APA-Fotoservice / Martin Hörmandinger

und Drohnen die Landwirtschaft bestimmen. Industrie 4.0 wird wie alle industriellen Revolutionen viel verändern, und dies führt wiederum dazu, dass zahlreiche Jobs durch Roboter erledigt werden. Gleichzeitig entstehen eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze und Branchen mit neuen Arbeitszeitmodellen. Das digitale Zeitalter hat alle Lebensbereiche erfasst. Dieser dynamische technologische Wandel stellt gerade die Politik und Gesellschaft

vor neue Herausforderungen und Fragen. Daher startete Prof. Gottfried Kneifel als Bundesratspräsident im Juli 2015 ein Online-Diskussion zum Thema "Was bedeutet diese rasante Entwicklung für die Demokratie in Österreich, welche Mitwirkungsrechte eröffnen sich durch neue Informationstechnologien, oder welche Herausforderungen ergeben sich dadurch für die Gesetzgebung?".<sup>2</sup> In diesem Prozess wurde in einem Online-Konsultationsverfahren und in Veranstaltungen die Frage erörtert, welche politischen oder rechtlichen Änderungen erforderlich sind, damit wir den digitalen Wandel nutzen können. Ein Grünbuch fasste die bisherigen Ergebnisse der Diskussionen zusammen und diente als eine Entscheidungsgrundlage für die parlamentarische Enquete "Digitaler Wandel und Politik" am 18. November 2015<sup>3</sup> und für anschließende Verhandlungen im Verfassungsausschuss.

### Online-Diskussion mit großer Beteiligung

Bereits in der ersten Phase der Ideenfindung unter [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) wurden mehr als 200 Stellungnahmen, über 100 Kommentare und mehr als 1.000 Bewertungen in der Online-Diskussion eingebracht. Welche Maßnahmen müssen wir also ergreifen, damit möglichst viele Nutznießer der Potenziale und Errungenschaften der digitalen Welt sein können? Machen Regulierungen im Internet Sinn? Wie können wir die Souveränität über unsere Daten behalten? Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, damit unsere demokratischen Grundwerte im digitalen Raum weiterhin Bestand haben? Das Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik" zeigt die Möglichkeiten der Arbeit des

<sup>2</sup> [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at)

<sup>3</sup> abrufbar unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/PARLEQU/PENQUWANDEL/index.shtml>

<sup>1</sup> <https://www.mckinsey.de/digital>



Gottfried Kneifel: "Es geht darum, Sorgen und Ängste zu nehmen, Mut und Hoffnung zu geben sowie Handlungsfelder und Maßnahmen für die Politik aufzubereiten. Wir müssen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitnehmen, denn der digitale Wandel wird nachhaltig und gravierend sein." © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Bundesrates zur Stärkung der dialogorientierten (deliberativen) Demokratie in Österreich auf. Konsequenterweiterung kann dieser Weg in einer generellen Neuorientierung des Bundesrates münden. Dabei könnten ein neues, klares Bild und ein neues Selbstverständnis des Bundesrates mit Zugkraft entwickelt werden. Schon jetzt kann der Bundesrat als zweite Kammer des Parlaments im Rahmen seiner aktuellen Geschäftsordnung selbständig wesentliche politische Fragen ganzheitlich bearbeiten und dabei ressort- und kompetenzübergreifend agieren.

### Digitalisierung schafft Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung

Warum sollen nicht Bürgerinnen und Bürger zu einem frühen Zeitpunkt über das Internet Planungsunterlagen und Kartenmaterialien bei Verkehrsprojekten erhalten und ihre Stellungnahmen elektronisch an die Verwaltung übermitteln können? In Frankreich kann die Bevölkerung bei Gesetzestexten mitreden, in Estland bei Wahlen elektronisch abstimmen oder in Wien bei Petitionen digital unterschreiben bzw. die Digital City mitbestimmen.

Auch auf EU-Ebene ist das Thema des digitalen Wandels längst angekommen. Die Europäische Kommission hat sich

die Realisierung eines "Digitalen Binnenmarkts" zum Ziel gesetzt. Im EU-Ausschuss des Bundesrates wurde dazu eine Mitteilung an die Kommission beschlossen.<sup>4</sup> Der Bundesrat verfolgte mit der Initiative von Bundesratspräsidenten Kneifel ein ambitioniertes Ziel, denn es ging bei dieser Zukunftsdebatte um die Überwindung hergebrachter Strukturen und die Begleitung der Bürgerinnen und Bürger in das Digitale Zeitalter. Das Grünbuch wird von allen Bundesratsfraktionen mitgetragen und fließt in die "Digital Roadmap Austria" der Bundesregierung ein. Damit ist die notwendige Nachhaltigkeit gegeben, denn der digitale Wandel wird nicht von heute auf morgen stattfinden.<sup>5</sup>

Wir stecken mitten in einer Veränderung, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung kaum unterschätzt werden kann. Der Strukturwandel wird weit über technische Veränderungen hinausgehen. Er wird die Gesellschaft verändern und muss gesellschaftlich gestaltet werden. Österreich hat sich bei der Wertschöpfung bereits von einem Tourismusland in ein IKT-Land verwandelt. Aus Sicht der Politik ist es daher wichtig, die verfügbaren Informationen auszuwerten, die erkennbaren Chancen zu identifizieren und die Risiken klar zu benennen. Denn eine ganze Reihe von grundlegenden Reformen werden die politischen Akteure nur kooperativ bewältigen können.

\*

**Zum Autor:** Christian Rupp, CMC, ist Sprecher der Plattform Digitales Österreich, welche die E-Government- und IKT-Agenden der Bundesregierung zwischen Bund, Ländern, Städten, Gemeinden, Kammern und Wirtschaft koordiniert, und Sonderbeauftragter Digitalisierung der Wirtschaftskammer Österreich; [christian.rupp@wko.at](mailto:christian.rupp@wko.at)

<sup>4</sup>) siehe Parlamentskorrespondenz Nr. 846, 22.7.2015

<sup>5</sup>) [www.digitalroadmap.at](http://www.digitalroadmap.at)



## Oberösterreich etabliert sich als Digitalregion

**Die Digitalisierung unseres Alltags ist bereits Realität. Sie wird sich aber noch enorm beschleunigen und noch weitreichender werden. Daraus ergeben sich auch für Oberösterreichs Wirtschaft gewaltige Chancen, und zwar nicht nur für die IT-Branche. Erfolgreiche Beispiele zeigen, wie Wertschöpfung durch Digitalisierung entsteht.**

Aus den Informationen über das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer lassen sich Geschäftsmodelle entwickeln – von der individuellen KFZ-Versicherung bis hin zu Stauvermeidung und Verkehrslenkung. Web-Plattformen dienen dazu, Menschen und/oder Dinge zu vernetzen – beim Sport, beim mobilen Bezahlen, sogar bei der Partnervermittlung. Gerade auch IT-Lösungen aus Oberösterreich erobern Schritt für Schritt alle Bereiche des Alltags, aber auch der Wirtschaft: Sie sorgen für Bequemlichkeit im Auto, weil sie das Fahrtenbuch automatisch führen. Sie machen das Smartphone zu einem sicheren Zahlungsmittel. Sie steuern und verwalten die Akten in unseren Ämtern und Behörden. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zu Effizienzsteigerung und Qualitäts-

verbesserung in unserem Gesundheitswesen. Sie lassen die Haustechnik von Heizung, Klima und Licht von unterwegs steuern. Das zeigt: IT ist eine Schlüsseltechnologie für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, auch wenn sie als eigenständige Branche oft nur im Hintergrund wahrgenommen wird.

*"IT ist eine Schlüsseltechnologie für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich."*

Wie die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt, schlägt sich die Digitalisierung auch bereits auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Zahl der Beschäftigten steigt in Oberösterreich im IKT-Sektor stärker als im Österreich-Schnitt des Sektors und um ein Mehrfaches der Zahl der Beschäftigten insgesamt.

### Wesentlicher Innovationstreiber für Wirtschaftsstandorte: Digitalisierung

Die Unternehmen des IT-Clusters von Business Upper Austria haben sich zum Ziel gesetzt, Oberösterreich auf der Basis eines Zehn-Punkte-Programmes als "Digitalregion" zu etablieren – auch international. Die Voraussetzungen dafür sind gut: In Oberösterreich finden sich starke Softwarehersteller genauso wie Entwicklungslabors internationaler IT-Konzerne. Neben den bekannten und etablierten Softwareherstellern wie zum Beispiel Fabasoft, MIC, celum, Systema oder BMD gibt es beispielsweise mit Cumulo oder Loxone eine lebendige Jungunternehmer-Szene auch abseits von Überfliegern wie Runtastic. Auf diesen Stärken wird nun aufgebaut. Denn die IT ist eine entscheidende Technologie quer durch alle Wirtschaftsbereiche und damit wesentlicher Innovationstreiber für den Standort Oberösterreich. Insbesondere soll ein stärkeres Bewusstsein für den erfolgreichen IT-Standort OÖ geschaffen werden: Die IT wird ja gene-



Mit dem Schwerpunkt "Digitaler Wandel und Politik" untersuchte der Bundesrat aus der Perspektive der Gesetzgebung die Auswirkungen schon absehbarer Veränderungen im Bereich der Digitalisierung. Höhepunkt war eine parlamentarische Enquete Mitte November 2015.

© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



rell eher von global agierenden Großanbietern bestimmt. Da ist es bemerkenswert, dass Oberösterreich über eine beachtliche Gruppe von Herstellern hochklassiger Softwareprodukte verfügt, die oft auch international erfolgreich sind.

*"Die IT made in Upper Austria soll noch stärker ins Bewusstsein gerückt werden."*

### Der 10-Punkte-Plan für die "Digitalregion Oberösterreich"

1. IT als Multiplikator etablieren und IT-Kennzahlen messbar machen
2. Forschung und Entwicklung stärker internationalisieren
3. Internationale Kooperationen forcieren
4. Breitband-Datenverbindungen weiter ausbauen
5. IT auf allen Bildungsebenen stärken
6. IT-Branche als hochattraktiven Arbeitgeber sichtbar machen
7. Herausragende IT-Unternehmen und -Projekte als Leuchttürme kommunizieren
8. Neue Finanzierungsmodelle entwickeln und einsetzen
9. Digitalregion Oberösterreich als Marke etablieren
10. Politische Überzeugungsarbeit leisten

Eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg Oberösterreichs in Richtung "Digitalregion" ist die Anpassung der Infrastruktur im Bereich Telekommunikation an die Herausforderungen der Zukunft: Breitband ist ein unverzichtbarer Standortfaktor. Dabei sind die Geschwindigkeit und die Verfügbarkeit von Datenleitungen von großer Bedeutung, Oberösterreich strebt daher die flächendeckende Versorgung mit ultraschnellem Internet an.

*"Breitband ist ein unverzichtbarer Standortfaktor für einen modernen Wirtschaftsstandort."*

Insbesondere im ländlichen Raum muss die Versorgungssituation weiter verbessert werden: Das ultraschnelle Datennetz muss gerade hier noch engmaschiger werden, damit Anschlüsse zu vernünftigen Preisen hergestellt



Wirtschaftslandesrat Dr. Michael Strugl: "Digitalisierung bringt enorme Chancen für Oberösterreichs Wirtschaft." © Land OÖ

werden können. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich soll besonders der Breitbandausbau mit ultraschnellem Glasfaser-Internet (FTTH) in unserem Bundesland vorangetrieben werden. Dazu will unser Bundesland zum einen möglichst viele Mittel aus der "Breitband-Milliarde" des Bundes lukrieren, zum anderen gibt es zusätzlich auch noch eigene Förderungen des Wirtschaftsressorts des Landes OÖ.

*"OÖ setzt auf die Breitband-Milliarde des Bundes und eigene Landesförderungen."*

### Bewusstseinsbildung als entscheidender Faktor

Ein entscheidender Faktor, damit unser Land beim digitalen Wandel aktiv mitgestalten kann, ist die Bewusstseinsbildung. Daher ist es besonders positiv zu bewerten, dass beispielsweise Prof. Gottfried Kneifel als ein Vertreter Oberösterreichs im Bundesrat die Digitalisierung zu einem Schwerpunkt seiner Präsidentschaft in der Länderkammer gemacht hat. So haben ein eigenes "Grünbuch" zum Thema, aber auch eine Bundesrats-Enquete wichtige Impulse dafür gegeben, dass die Digitalisierung in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft verstärkt als Chance gesehen wird.

\*

**Zum Autor:** Mag. Dr. Michael Strugl, MBA, Landesrat der oberösterreichischen Landesregierung, zuständig für den Bereich Wirtschaft.

## Bundesrat als föderaler Bildungs-Think-Tank

**Bundesratspräsident Josef Saller setzte den Schwerpunkt seiner Präsidentschaft auf das Thema "Lebenslanges Lernen". Ziel müsse es sein, den Bundesrat zu einem föderalen bildungspolitischen Think Tank zu machen, der vor allem auch die Angebote der Erwachsenenbildung und der persönlichen Bildung in jedem Alter diskutiert.**

Im Kampf gegen Hass und Vorurteile, gegen die Arbeitslosigkeit oder gegen soziale Ausgrenzung ist Bildung der wichtigste Beitrag. Schon Sonja Zwazl, die Bundesratspräsidentin aus dem ersten Halbjahr 2015, sprach dem Bundesrat dabei eine grundlegende Rolle als "Think Tank" für Bildung zu. Ihre Amtszeit stand im Zeichen der dualen Ausbildung in Österreich. Auch Gottfried Kneifel stellte mit der Digitalisierung einen Teilaspekt von Bildung in den Fokus seiner Vorsitzführung. Für Josef Saller war es deshalb wichtig, die Initiativen seiner Amtsvorgänger weiterzuführen und mit einem eigenen Schwerpunkt zu versehen.

**Bildung nicht nur in der Kindheit, sondern ein Leben lang**

Mit dem Credo "Bildung ein Leben lang" und dem Thema "Lebenslanges Lernen" und Erwachsenenbildung führte Josef Saller die Initiativen seiner Vorgänger fort und er-

weiterte diese um einen zusätzlichen Aspekt. Das Ziel sei, so Saller im Zuge einer Bundesratsrede, dass der Bundesrat zum Think Tank der Bildung, der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens wird.

Der "digitale Wandel", den Sallers Amtsvorgänger Gottfried Kneifel in den Mittelpunkt gestellt hat, hat eine wesentliche bildungspolitische Komponente, die für das Thema lebensbegleitendes Lernen genutzt werden soll. Auf der Basis einer Digitalisierung der Gesellschaft sollen Aus-, Weiter- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Generationen an der Weiterentwicklung teilhaben zu lassen. Dazu veranstaltete der Bundesrat eine Diskussion zu lebenslangem Lernen und hat neue, eigene Projekte wie das Seniorenparlament zum Vertiefen des Politikverständnisses von Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen. Darin – da sind sich die Mandatarinnen und Mandatare des Bundesrates einig –

liegt eine Voraussetzung für politische Teilnahme an der Willensbildung und am Diskurs. Nur wenn die politischen Prozesse bekannt sind, ist es möglich, die Erfahrung und das Wissen der älteren Generationen für die politische Meinungsbildung und Maßnahmenentwicklung zu nutzen.

**Lebenslanges Lernen verstärkt in der politischen Debatte berücksichtigen**

Mit 1. Jänner 2016 übernahm ÖVP-Bundesrat Josef Saller für das erste Halbjahr 2016 für das Bundesland Salzburg turnusmäßig den Vorsitz im Bundesrat. Der Arbeitsschwerpunkt in seiner Funktionsperiode waren alle Bildungsbereiche, die ausdrücklich nicht mit Kindergarten, Schule, Lehre oder Universität zu tun haben.



Die TeilnehmerInnen des ersten Seniorenparlaments im Mai 2016 debattierten über fiktive Änderungen im Pensionsrecht. © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Die Schwerpunkte waren dabei

- die Wiederaufnahme von abgebrochenen (Aus-)Bildungen in jedem Alter,
- die Vorbereitung auf die späten Erwerbsjahre, also Um- und Aufschulungen für den Verbleib im Arbeitsmarkt bis zur späteren Pension, sowie
- die Vorbereitung auf den dritten und vierten Lebensabschnitt, also das Lernen in Vorbereitung auf eine sinnerefüllte Pensionszeit und das Lernen zum Erhalt der selbstständigen Lebensführung in den hochbetagten Jahren.

"Bildung kennt keine Altersgrenzen", so Saller, man müsse Rahmenbedingungen schaffen, damit keine gesellschaftliche Gruppierung von modernen Entwicklungen ausgeschlossen bleibt. Die ältere Generation müsse sich dessen bewusst werden, dass Bildung nicht mit 60 Lebensjahren aufhört. Bildung bedeute nicht nur Wissensvermittlung, sie bedeute darüber hinaus Kulturbewusstsein, Begegnung mit Medien und vieles mehr. Die Lebensqualität in der nachberuflichen Lebensphase werde durch Bildung bereichert, es bedürfe aber auch Verfahren zur Anerkennung von non-formal und informell erworbener Kenntnissen und Kompetenzen in allen Bildungssektoren. Eine ganzheitliche Betrachtung der Bildung für alle Generationen und gesellschaftlichen Gruppierungen sei nur unter der Annahme einer bestmöglichen Durchlässigkeit zwischen Schulen, Hochschulen und Ausbildungen möglich.

### Diskussionsveranstaltung:

#### Lebenslanges Lernen im Zeitalter der Digitalisierung

Sonja Zwanzl und Gottfried Kneifel, die Amtsvorgänger als Bundesratspräsidenten, haben in ihrer Amtszeit zu den Themen Bildung und Digitalisierung zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen. Mit der Diskussionsveranstaltung zu den Herausforderungen lebenslangen Lernens im Zeitalter der Digitalisierung und des digitalen Wandels schloss Josef Saller

den Kreis der drei Amtsperioden 2015 und 2016. Im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung "Lebenslanges Lernen – Lernen im Alter" standen aber vor allem die Chancen, welche die Digitalisierung im Bereich der Fort- und Weiterbildung für alle Generationen bietet.

Zur Diskussion mit den Bundesrätinnen und Bundesräten hatte Saller Expertinnen und Experten der Erwachsenenfortbildung ins Parlament eingeladen. Die Abgeordneten im Bundesrat haben dazu anschließend im Plenum die Impulse und Vorschläge der Vortragenden aufgegriffen und Voraussetzungen zur Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für lebenslanges Lernen debattiert.

### Bundesratspräsident Saller:

#### Chancen der Digitalisierung ergreifen

Der digitale Wandel verursacht sich rasch und ständig ändernde Rahmenbedingungen, einen rasanten technologischen und Wissensfortschritt und eine zunehmende Vernetzung von Menschen weltweit. Das bietet viele neue



Bundesratspräsident Josef Saller  
Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Roland Zecha,  
Leiter der Tiroler Volkshochschule

Möglichkeiten und Chancen, betonte Josef Saller in seinen Einleitungsworten. Parallel dazu sei aber auch eine Reihe an Herausforderungen mit diesem Fortschritt verbunden: Die schnelllebige Zeit verlangt eine anhaltende Auseinandersetzung mit neuen Medien, die Globalisierung der Kommunikation erfordert Verständnis für- und untereinander, und Bildung ist mehr denn je ein wichtiger Faktor für eine hohe Lebensqualität in der nachberuflichen

Lebensphase und zur Teilhabe an gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildungsprozessen. Die Bildung habe mit der Digitalisierung eine neue Infrastruktur erhalten. Die Aufgabe der Politik bestehe nun darin, neben der Förderung der entsprechenden digitalen Infrastruktur auch medienpädagogische Angebote für den Umgang mit modernen Medien zu schaffen. Dies sei auch im Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik" festgehalten und niedergeschrieben, wie Saller unterstreicht. Ziel der Politik müsse es sein, dafür zu sorgen, dass alle Menschen uneingeschränkt auf diese Infrastruktur zugreifen und diese Ressourcen nutzen können. Dazu sei die Vermittlung von digitalen und medialen Kompetenzen im Alter ein wichtiger ökonomischer Faktor.

Die erste Herausforderung bestehe darin, den "digital divide", eine "digitale Kluft" aufgrund von Alter, Geschlecht oder sozialer Zugehörigkeit, zu vermeiden und einen ganzheitlichen Bildungsbegriff zu entwickeln. Ein System ganzheitlichen und lebenslangen Lernens brauche neben

sei lebenslanges Lernen besonders wichtig, um den Menschen eine sinnerfüllte Pensionszeit zu ermöglichen. Dabei können Pflichtschulabschlüsse bereits kostenlos nachgeholt werden. Das hohe Interesse der Generation 60plus, in die eigene Weiterbildung zu investieren und Computer-Kurse zu absolvieren, um Teil des digitalen Wandels zu sein, offenbart große wirtschaftliche Chancen. Hier entstehe ein neuer Wirtschaftszweig mit vielen Tausenden Arbeitsplätzen, betonte der Bundesratspräsident: "Diese Chance dürfen wir nicht liegen lassen!"

### Roland Zecha: Strategieprozess der Regierung fortführen

Die für 2020 formulierten Ziele der "Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich" der Bundesregierung müssten konsequent weiterverfolgt und der Prozess müsse neu belebt werden, vielleicht auch mit einem Koordinator für Erwachsenenbildung als Flaggschiff der Strategie. Das forderte der Leiter der Volkshochschule Tirol, Roland Zecha, mit



Hilde Hawlicek,  
ehemalige Unterrichtsministerin



Bernhard Erich Wagner, Geschäftsführer des  
CURRIT Instituts für Weiterbildung



Birgit Meinhard-Schiebel,  
Gemeinderätin aus Wien

einem entsprechenden Angebot an Bildungsinhalten auch Durchlässigkeit zwischen Institutionen und Organisationen. Ein wichtiges Thema ist für Saller in diesem Zusammenhang daher die Möglichkeit zur Wiederaufnahme von abgebrochenen Ausbildungen in jedem Alter. Umschulungen und Weiterbildung seien sowohl für den Verbleib im Arbeitsmarkt als auch in Hinblick auf die späten Erwerbsjahre und die Pension fundamental. Für den nachberuflichen Lebensweg

dem Hinweis auf aktuelle Zahlen zur Weiterbildungsaktivität nach Altersgruppen in Österreich. Diese nimmt mit zunehmendem Alter nämlich ab und lag im Jahr 2014 bei den 50- bis 59-Jährigen bei 9,7 Prozent, bei den über 60-Jährigen nur mehr bei 3,3 Prozent. Zecha erklärt sich diese Kluft mit dem Wegfall der beruflichen Weiterbildung. Im Sinne der Qualitätssicherung und Sicherheit für bereits bestehende Institutionen, die in der Erwachsenenbildung tätig

sind, wünschte sich Zecha die Implementierung eines Erwachsenenbildungsgesetzes. Auch der Zugang zur Erwachsenenbildung für sozial schwache Personen ist für ihn ein Thema auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Für Zecha sind vergünstigte Teilnahmegebühren oder die flächendeckende Sicherung eines wohnortnahen Bildungsangebots besonders in den ländlichen Regionen eine Möglichkeit, ein entsprechendes Angebot zu implementieren.

### **Bundesministerin a.D. Hilde Hawlicek: Budgetmittel für Bildung im Alter**

Lernen, Bildung und Forschung sind zentrale Fragen der Gesellschaft und Grundlage für Wirtschaftsentwicklung und Wohlstand. In Österreich gebe es für die Erwachsenenbildung gute Rahmenbedingungen, stellte die ehemalige Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek am Beginn ihres Beitrags fest. Positiv bewertete Hawlicek dabei den 2012 veröffentlichten "Bundesplan für Seniorinnen und Senioren". Die darin festgemachten Ziele dürften aber nicht aus den Augen verloren werden. Insgesamt sei es wichtig, Erfahrungen über Bildungsthemen wie das Lernen im Alter auszutauschen, beispielsweise über Good-Practice-Projekte, und vor allem auch die positiven Wirkungen des lebenslangen Lernens und dessen Zusammenhänge mit Effekten wie bessere Gesundheit, höhere Lebenserwartung und Zufriedenheit hervorzuheben. Die ehemalige Unterrichtsministerin sprach sich auch für entsprechende Budgetmittel für Bildung im Alter aus.

### **Bernhard Erich Wagner: Es ist nie zu spät, Neues zu beginnen**

"Es ist nie zu spät, Neues zu beginnen", sagte der Geschäftsführer des CURRIT Instituts für Bewegung, Entwicklung & Weiterbildung, Bernhard Erich Wagner. Der Schlüssel dazu ist seiner Ansicht nach soziale Aktivität und der Mut, sich mit Neuem zu konfrontieren. Dazu brauche es weniger

neue Initiativen oder Kurse, sondern eine neue Form des Austauschs zwischen den Generationen. Wichtig sei auch die Beantwortung der Frage, wie es neben dem Erhalt der körperlichen Fitness gelingen könne, die geistige Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dabei sei auch die Wirtschaft gefordert, um Modelle zu entwickeln, wie etwa Mentoring-Programme, in denen Erfahrungen weitergegeben werden können, so Wagner.

### **Birgit Meinhard-Schiebel: Gesellschaft mit neuen Realitäten**

Die Wiener Gemeinderätin Birgit Meinhard-Schiebel meinte, sie bevorzuge den Begriff "lebensbegleitendes Lernen". Heute müsse die gesamte Gesellschaft lernen, mit veränderten Realitäten und permanenten Veränderungen zurechtzukommen. Als eine dieser neuen Realitäten, mit



Wie kann "lebenslanges Lernen" für alle gelingen? Diese Frage diskutierten zahlreiche TeilnehmerInnen der Enquete im Mai 2016 im Parlament mit den ExpertInnen am Podium.

denen wir umgehen müssen, sieht Meinhard-Schiebel die längere Lebenserwartung. Sich daraus ergebende Herausforderungen könnten nicht immer mit den klassischen Bildungsvorstellungen bewältigt werden. Vielmehr müssten neue Begriffe von Kompetenzen entwickelt werden, etwa Gesundheitskompetenz. Die Frage müsse lauten,

was realistische Vorstellungen seien, um Lebensqualität im Alter zu erhalten. Anlass zu Optimismus geben viele Initiativen, in denen neuartige Zugänge zum Lernen entwickelt werden. Für diese Projekte brauche es aber auch politischen Rückhalt.

### "Lernen, ein Leben lang" - wirksam gegen Arbeitslosigkeit

Gottfried Kneifel hat als Bundesratspräsident mit dem Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik" eine wichtige Bestandsaufnahme zur Digitalisierung in Auftrag gegeben, in der elementare Forderungen an die Politik formuliert werden, um aus der Digitalisierung eine treibende Kraft zur Modernisierung der Gesellschaft zu machen. Davon sollen das Individuum, die Wirtschaft und Österreich profitieren. Die Altersarbeitslosigkeit zeigt, dass Maßnahmen gegen

sondern man lernt auch für das persönliche Wohlbefinden, für die eigene Fähigkeit der selbständigen Lebensführung. Dies gilt bis ins hochbetagte Lebensalter." Saller nennt konkrete Beispiele: "Fast die Hälfte der Arbeitslosen verfügt höchstens über einen Pflichtschulabschluss. Als langjähriger Direktor einer Hauptschule weiß ich genau, was das bedeutet: nämlich die ständige Bedrohung, (schon wieder) arbeitslos zu werden."

Josef Saller war es wichtig, auf der Arbeit seiner Vorgänger aufzubauen und deren Themen zu einem Teil seiner politischen Agenda zu machen. Der Aufbruch in die Digitalisierung sei eine große Chance für Bevölkerung, Wirtschaft und Politik zugleich, es müsse allerdings gelingen, vor allem die computerfernen Gruppen mit einzubinden. Österreichs Seniorinnen und Senioren hätten dafür großes Interesse entwickelt.



TeilnehmerInnen der Enquete mit BR-Vizepräsidentin Ingrid Winkler (3.v.li.) und BR Todt (li.). Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

die steigende Arbeitslosigkeit auch bei den Altersgruppen im Alter über 20 ansetzen müssen. "Ich habe in diesem Halbjahr mit meiner Initiative ‚Lernen, ein Leben lang‘ das Bewusstsein in der Bevölkerung gestärkt: Lernen zahlt sich in jedem Alter aus. Für das Lernen ist es nie zu spät", so Josef Saller. "Man lernt nicht bloß für eine konkrete Berufskarriere,



Bildung als gemeinsames Anliegen, v.li.: BR-Präsident Josef Saller, BR-Präsident a.D. Gregor Hammerl und BR-Präsident a.D. Gottfried Kneifel

Saller betonte jedoch stets, "dass man sie wohnortnahe und zu leistbaren Preisen einladen muss, den Weg in die Digitalisierung mitzugehen". Im Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik" werden fünf Kernbereiche formuliert, in denen Innovationen und Investitionen besonders dringlich sind, um eine gesamtgesellschaftliche Digitalisierung vor-



Bundesratspräsident Josef Saller initiierte – analog dem Vorbild des erfolgreichen Jugendparlamentes – das erste Seniorenparlament im Hohen Haus. Zahlreiche engagierte Seniorinnen und Senioren folgten seiner Einladung. © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

anzutreiben: Forschung und Innovation, Wirtschaft, Politik, Infrastruktur und Bildung. Bei einer Netzwerkveranstaltung an der Universität Wien sagte Saller, dass das Internet ein globales Netzwerk ist, das von Menschen aus aller Welt genutzt wird. Doch immer mehr erhalte dieses Netzwerk auch eine lokale Dimension. Die Nachbarschaft, die Gemeinde, der Bezirk wird zu einer sich selbst organisierenden und helfenden sowie altruistischen Gesellschaft. "Das birgt viele Gefahren, aber noch mehr Chancen. Wir alle sind gefordert, uns anzupassen und Schritt zu halten", fordert Josef Saller die Mitwirkung aller Menschen ein. Der Politik komme dabei sehr großer Stellenwert zu: "Sie muss einerseits Rahmenbedingungen vorgeben, die eine Weiterentwicklung ermöglichen, alle Menschen teilhaben lassen und gleichzeitig auch alle Menschen schützen. Und sie muss jetzt Antworten auf den Strukturwandel durch die digitale Revolution finden." Vor allem biete die Digitalisierung viele Möglichkeiten, um die Partizipation zu erhöhen. Für Saller ist klar, "dass Medien und die Politik nur überleben und Teil der Gesellschaft bleiben können, wenn sie einen Zukunftsblickwinkel haben und angstfrei neue

Geschäfts- und Politikmodelle entwickeln. Lokalpolitik muss auch über den Tellerrand blicken und global denken".

### Senioren- und Jugendparlament: wichtige Maßnahmen für besseres Politikverständnis

Als wichtigen Teil der Bildung für Seniorinnen und Senioren bzw. als fundamentalen Beitrag für eine hohe Lebensqualität in der nachberuflichen Lebensphase sieht Josef Saller die Teilhabe am politischen Prozess sowie ein fundiertes Verständnis für politische Prozesse und ein ausgeprägtes Politikverständnis. Diese Bewusstseinsbildung für die parlamentarische Arbeit in Österreich müsse auch von den Parteien und dem österreichischen Parlament vorangetrieben werden. Dazu hat Josef Saller erstmals Seniorinnen und Senioren aus den Regionen Österreichs in den Bundesrat eingeladen, die dabei großes Interesse in den Fraktionsberatungen, einem fiktiven Ausschuss und einer dem Bundesrat nachgebildeten Plenardebatte als Seniorenparlament zeigten. Sie haben mit Hilfe von Mandatarinnen und Mandataren des Bundesrates, erfahrenen ParlamentsjuristInnen und Bundesratsdirektorin

Susanne Bachmann an der Spitze die Geschäftsordnung des Bundesrates sinngemäß angewendet.

Thema des Seniorenparlaments war die Anhebung des Pensionsantrittsalters, Ausgangspunkt ein fiktiver Nationalratsbeschluss, der auf eine Anhebung des Regelpensionsalters von derzeit 65 Jahren auf 66 Jahre abzielt. Die BundesrätInnen Edgar Mayer (ÖVP), Reinhard Toth (SPÖ), Monika Mühlwerth (FPÖ) und Nicole Schreyer (GRÜNE) zollten den Mitgliedern des Seniorenparlaments Anerkennung für die engagierte Debatte und die disziplinierten Wortmeldungen und Diskussionen. Das Seniorenparlament soll aufgrund des positiven Feedbacks und der ausgezeichneten Rückmeldungen bei der Premiere zu einem fixen und regelmäßigen Bestandteil der politischen Arbeit werden.

### SeniorInnen gegen "Husch-Pfusch" bei Pensionen

Die vom Nationalrat fiktiv vorgeschlagene Vorgangsweise stieß bei den Teilnehmenden des Seniorenparlaments auf



Unter Beteiligung von BundesrätInnen und Bundesräten aller Fraktionen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seniorenparlaments zuerst innerhalb der Fraktionen und später im Plenum.

© Fotos Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Ablehnung – sie schickten den Gesetzesbeschluss zur inhaltlichen "Verbesserung" an die erste Kammer des Hohen Hauses zurück. Die Seniorinnen und Senioren warteten vor einem





Schnellschuss und waren sich darin einig, dass man bei der notwendigen Reform des Pensionssystems umfassend und mit Begleitgesetzen für wirtschaftliche Maßnahmen und für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen habe. Alle Details und Konsequenzen einer Pensionsreform sollten berücksichtigt und jede Verunsicherung der jungen Generation sowie eine drohende Altersarmut sollten vermieden werden. Insbesondere für Frauen und für ältere Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen in Pension gehen müssen, aber auch für Hinterbliebene wären durch den fiktiven Nationalratsbeschluss Verschlechterungen zu befürchten. Mehrere Mitglieder des Seniorenparlaments beschränkten sich aber nicht darauf, Einspruch zu erhe-

### Bundesrat will Regionen in politischen Diskurs einbinden

Der Bundesratspräsident aber auch alle anderen Abgeordneten der Länderkammer wollen die Menschen aus den Regionen Österreichs einladen, am politischen Diskurs teilzunehmen und aktiv daran mitzuwirken. Dazu sollen regelmäßig Menschen aus den Regionen in den Bundesrat geladen werden, um den politischen Prozess hautnah miterleben und ihre Ideen im Sinne einer lebendigen Demokratie einzubringen. "Denn wenn ich Ihnen eine Erfahrung meiner Amtszeit mitteilen kann", so Saller bei seinen Eröffnungsworten zum Seniorenparlament, "dann jene, dass der Wunsch, an der demokratischen Willensbildung teil-



Engagierte Diskussionen und spannende Abstimmungen im Plenum – die Abläufe im Seniorenparlament orientieren sich am realen parlamentarischen Prozess und seinen Bestimmungen. Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

ben, sondern formulierten ihre Wünsche zum Thema Pensionsreform in Entschließungsanträgen. Die FPÖ verlangte eine Gerechtigkeitsoffensive für die ältere Generation, die Grünen schlugen eine kostenneutrale Pensionsreform vor. Die beiden Entschließungsanträge wurden vom Seniorenparlament eingehend und zum Teil positiv diskutiert, blieben bei der Abstimmung aber in der Minderheit. Doch die Entschließungsanträge zeigen, dass das Interesse an Mitwirkung am politischen Diskurs ausgeprägt und der Wille, selbst Initiative zu ergreifen, vorhanden ist.

zuhaben, sehr hoch ist – und zwar generationenunabhängig und unabhängig von gesellschaftlichen Gruppierungen." Das Vermitteln von Allgemeinbildung ist wesentlich, um sich als Mensch ganzheitlich zu entwickeln und sein Spezialwissen sinnvoll einsetzen zu können. Dies betreffe vor allem die Politik und die Teilhabe an der politischen Willensbildung. "Die Bewusstseinsbildung für die parlamentarische Arbeit in Österreich sehe ich als einen wichtigen Teil für das Politikverständnis und damit auch die Lebensqualität in der nachberuflichen Lebensphase",

betonte der Bundesratspräsident. Für die Teilhabe an der politischen Willensbildung müsse man das politische System kennen und den Gesetzgebungsprozess im Blut haben. "Nur so kann man seine Erfahrung und sein Fachwissen bestmöglich und konstruktiv einbringen."

### SeniorInnen setzen sich für die Teilhabe von Jugendlichen ein

Die Seniorinnen und Senioren haben sich für eine gemeinsame Diskussion mit den Jugendlichen des Jugendparlaments ausgesprochen. Es gehe darum, die Jugendlichen teilhaben zu lassen. Das und eine möglichst breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und Generationen mache eine Demokratie lebendig und stark, sagte Josef Saller. Mit dem Jugend- und dem Seniorenparlament wolle man deshalb Lust auf Politik machen: "Demokratie unterliegt einem steten Wandel und ist mehr als nur eine Staatsform. Die gesellschaftliche Mitwirkung an der Meinungsbildung gewinnt an Bedeutung, und die Bürgerinnen und Bürger bringen auch dank der Digitalisierung zunehmend ihre Ideen und Vorstellungen in den politischen Diskurs ein. Das Jugendparlament ist ein wichtiger Beitrag, um den jungen Menschen in Österreich ein Bild des Parlaments und der Arbeit der Abgeordneten zu vermitteln. Jugendliche sollen deshalb die politische Willensbildung und den Gesetzgebungsprozess hautnah erleben und erkennen, dass eine lebendige Demokratie von Meinungsvielfalt, Ideenreichtum und einer möglichst breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Meinungsbildung lebt."

### Antrittsrede von Bundesratspräsident Saller im Zeichen eines starken Föderalismus

Im Zuge seiner Antrittsrede im Bundesrat richtete Josef Saller neben dem lebenslangen Lernen zwei weitere zentrale Anliegen an die Mitglieder der Länderkammer und an die Öffentlichkeit: Der Bundesratspräsident appellierte an die Dialogbereitschaft aller und unterstrich die Bedeutung der Mitwirkung der Länder in der Gesetzgebung durch den Bundesrat. Der Bundesratspräsident ging dabei auf die aktuellen Probleme und Herausforderungen ein,

denen man nicht nur innerstaatlich, sondern auch global gegenübersteht. Seien es die Flüchtlingsströme, die Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten, aber auch die Frage der Finanzierung der Pensionen in Österreich selbst – all das erfordere von allen große Dialogbereitschaft. Bundesratspräsident Josef Saller hält den Bundesrat dabei für unverzichtbar, denn er sichert die Mitwirkung der Länder auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Den Ländervertretern gehe es auch darum, die Akzeptanz in der Gesetzgebung und den Mitwirkungsgrad des Volkes in der parlamentarischen Demokratie zu verbessern. Der österreichische Bundesrat gehöre europaweit zu den aktivsten Kammern bei der Überprüfung von EU-Regelungen und EU-Gesetzgebung auf ihre Länder- und Regionen-Verträglichkeit sowie bei Subsidiaritätsprüfungen, die sicherstellen, dass regulatorische Änderungen auf der richtigen Ebene stattfinden. Beim Salzburg-Abend im Parlament unterstrich Saller, dass es den MandatarInnen in ihrem Selbstverständnis als Europakammer wichtig gewesen sei, das Rederecht der EuropaparlamentarierInnen möglichst schnell umzusetzen. "Der Bundesrat ist das Bindeglied zwischen der vernetzten Gesellschaft, den österreichischen Regionen und dem Parlament", so Bundesratspräsident Saller. Die zweite Kammer füge sich nahtlos in den Trend zur lokalen, regionalen, aber auch globalen Vernetzung ein und stehe damit sinnbildlich für den digitalen Wandel auf politischer Ebene.

### Salzburg gehört seit 200 Jahren zu Österreich

Die Vorsitzführung Salzburgs in der Länderkammer fällt überdies mit der 200-jährigen Zugehörigkeit des Bundeslands zu Österreich zusammen. "Ein historisches Ereignis, das von allen damals befürchteten Lösungen auch aus der Sicht Salzburgs wohl die beste war und damit wohl das Antlitz von Österreich dauernd und prägend zum Positiven verändert hat", so Saller bei einem Salzburg-Abend im Parlament. "Denn beide, Österreich und Salzburg, haben seitdem einen beispiellosen Aufschwung zu einer beliebten Urlaubs- und Wirtschaftsregion zu verzeichnen."

### Vorsitzland Oberösterreich Feierlicher Auftakt mit Gästen vor dem Parlament

Gottfried Kneifel, der das Amt im zweiten Halbjahr 2015 bereits zum dritten Mal im Auftrag des Landes Oberösterreich ausübte, legte ein klares Bekenntnis zum Föderalismus und zum Bundesstaat ab. "Aber ebenso ein klares Ja zur Republik Österreich, ein positives Signal, das uns allen Kraft und Energie geben soll, weil wir alleine wenig, gemeinsam und mit einem starken Rückhalt derer, die uns als Mandatarinnen und Mandatäre und Abgeordnete beauftragt haben, aber sehr viel erreichen können", so Kneifel.



Sonja Zwanzl, Bundesratspräsidentin für das erste Halbjahr 2015, überreichte im Beisein des oö. Landeshauptmannes Josef Pühringer feierlich den offiziellen Bundesrats-Schlüssel an ihren Nachfolger Gottfried Kneifel.

### Landeshauptmann Pühringer und Bundesratspräsident Kneifel erinnern an Österreichs Geschichte

Oberösterreich sei ein starker Teil Österreichs, bekräftigte Landeshauptmann Josef Pühringer und erinnerte anlässlich des Gedenkjahres 2015 an diejenigen, die die Republik aufgebaut und das Fundament für den Staat gelegt haben. Nach 1945 sei es vor allem um das Überleben gegangen, heute stehe ein besseres Leben im Vordergrund. Den Föderalismus solle man selbstbewusst leben und Populistinnen und Populisten keine Chance geben.

Die oberösterreichische Präsidentschaft finde im Gedenkjahr anlässlich 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, 60 Jahre Staatsvertrag und 20 Jahre Beitritt zur EU statt, führte Kneifel aus. Es gelte daher zu überlegen, was man als Bundesrat und Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft tun könne, damit sich eine Katastrophe wie der Zweite Weltkrieg mit Mord, Vernichtung und sozialem Elend nicht wiederholt. Aus der Geschichte könne man etliches lernen: Die Nazi-Diktatur hat sich durchgesetzt, weil die DemokratInnen zwischen 1918 und 1938 zu schwach waren. Die demokratische Verfassung auf dem Papier ist wichtig, aber sie muss auch gehegt, gepflegt und täglich gelebt werden. Demokratie ist

kein automatischer Erfolgsweg, der von alleine weiterfährt. Demokratische Beteiligung braucht immer wieder neue Impulse, Gelegenheiten zur Teilnahme, nicht nur theoretisch, sondern anhand ganz praktischer Themen, die die Menschen interessieren. Es gilt daher, diese Teilnahme an der Demokratie zu organisieren und Themen auszuwählen, die den Menschen unter den Nägeln brennen. "Das ist unsere Kernkompetenz als Mandatarin und Mandatar, das ist unser Unternehmensgegenstand und unsere Aufgabe", appellierte Kneifel. Demokratie brauche eine Kultur des Dialogs und des Kompromisses.

### Prüfung der EU-Gesetzgebung als wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger

Mit seiner aktiven Mitwirkung an der EU-Gesetzgebung könne der Bundesrat Vertrauen in die Politik schaffen und in Gesprächen mit BürgerInnen mithelfen, Ängste abzubauen. Daher sei auch die entsprechende Änderung der Geschäftsordnung ein wichtiges Zeichen, auf deren Basis am 2. Juli 2015 erstmals Abgeordnete des Europäischen Parlaments im Rahmen einer Aktuellen Europastunde im österreichischen Bundesrat gesprochen haben. Kneifel: "Der Bundesrat wächst damit noch mehr in seine Rolle als Informations- und Diskussions-Drehscheibe in der Europa-



Zum großen Empfang anlässlich der Vorsitzübernahme spielte die Stadtkapelle Enns ein Ständchen vor dem Parlament.  
Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Christian Hofer

politik hinein." Der Bundesrat bilde als gesetzgebende Körperschaft im Parlament ein Forum für mehr Europapolitik, und mehr Europapolitik heiße mehr Friedenspolitik.

### Digitales Zeitalter verändert Politik und Gesellschaft

Sorge bereitet Kneifel, dass sich immer mehr Menschen vom demokratischen Entscheidungsprozess abmelden, wie die Wahlbeteiligung zeige. Den Rückzug in die Familie, in den privaten Bereich bezeichnete er als neues Biedermeier und appellierte an die Mandatarinnen und Mandatare, keine theoretischen Diskussionen zur Weiterentwicklung der Demokratie zu führen, sondern realistisch und pragmatisch Zukunftsthemen in den Mittelpunkt zu stellen. Das digitale Zeitalter sei eines dieser wichtigen Zukunftsthemen. "Dieser dynamische technologische Wandel stellt Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen und Fragen", so Kneifel. Die Digitalisierung bringt Chancen und Gefahren für die Arbeitswelt, verändert Wirtschaftswelt und Wettbewerb und erfordert neue Qualifikationen; diesen Fragen müsse man sich widmen. Was diese rasante Entwicklung für die Demokratie in Österreich bedeutet, welche Mitwirkungsrechte sich durch neue Informationstechnologien für BürgerInnen eröffnen oder welche Herausforderungen sich dabei für die

Gesetzgebung auf allen Ebenen ergeben, darüber wünscht sich der neue Bundesratspräsident eine intensive Diskussion. Ziel sei ein Grünbuch, das bei einer parlamentarischen Enquete des Bundesrates am 18. November 2015 erörtert werden soll. Der Bundesrat verfolge damit ein ambitioniertes Ziel, denn es gehe bei dieser Zukunftsdebatte um die Überwindung hergebrachter Strukturen und die Begleitung der BürgerInnen in das digitale Zeitalter. Kneifel: "Es geht darum, Sorgen und Ängste zu nehmen, Mut und Hoffnung zu geben sowie Handlungsfelder und Maßnahmen für die Politik aufzubereiten." Jede/r sei daher eingeladen, sich auf [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) einzubringen.

(Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 770/771, 1./2.7.2015)

### Demokratiereform und Föderalismus

#### Föderalismus hat als Organisationsform unserer Demokratie weiterhin Zukunft

Gegen ein verzerrtes öffentliches Bild der Länder und des Föderalismus wandte sich Bundesratspräsident Kneifel im September 2015 gleich zweimal: zunächst anlässlich der Jubiläumsveranstaltung "70 Jahre Länderkonferenz" und danach in der zwei Tage später stattfindenden Sitzung des Bundesrates. Wenn die Länder als Bedrohung für die Regierbarkeit der Republik bezeichnet werden, sei eine Klarstellung notwendig. Föderalismus sei nicht weniger als die Organisation der Demokratie in unserem Land. Es gehe um die Regeln der Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat und damit um das soziale Zusammenleben in Gerechtigkeit und Freiheit.

Die Länder sind eigenständige Mitglieder des Bundesstaates und keine nachgeordneten Organe des Bundes, sagte Kneifel. Sie würden eine gesamtstaatliche Verpflichtung tragen und müssten dieser auch gerecht werden. Bund und Länder hätten dabei auf Augenhöhe und auch mit Augenmaß miteinander umzugehen.

Föderalismus garantiere Bürgernähe, so der Bundesratspräsident. Ein bürgerferner demokratischer Staat sei ein Widerspruch in sich. Durch das Subsidiaritätsprinzip sichere Föderalismus Chancen für alle – insbesondere auch für schwächere Regionen. Es sei der Föderalismus, der Problemlösungen

in unmittelbarer Nähe der BürgerInnen erlaube. "Bürgernähe und Subsidiarität ermöglichen eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltung und Gesetzgebung", zeigte sich der Bundesratspräsident überzeugt.

Dies gelte auch für den Bundesrat, der mit seinen Feststellungen, Bewertungen und oft auch Kritik bei der Behandlung von Gesetzesvorhaben und Richtlinien der Europäischen Union Hervorragendes leiste und beim Thema Subsidiaritätsprüfung einen Spitzenplatz unter den europäischen Parlamenten einnehme. Die europäische Gesetzgebung bedürfe mehr noch als die nationale oder regionale der Interpretation, der Erklärung und der Orientierung für die BürgerInnen.

"Die Länder sind keine Reformverweigerer", setzte Kneifel sein Plädoyer für den Föderalismus fort und machte darauf aufmerksam, dass alle großen Reformwerke der jüngeren Zeit – Gesundheitsreform, Stabilitätspakt oder Polizeireform – unter Mitwirkung der Länder auf den Weg gebracht wurden. "Das bundesstaatliche Organisationsprinzip Österreichs im Sinne der Gründerväter der Republik hat sich in diesen Jahren bewährt. Die Länder sind auch in der Lage, ihre Aufgaben kostenminimal zu erfüllen und sorgsam mit Steuergeld umzugehen", sagte Kneifel. Schon die Länderkonferenz vor 70 Jahren sei ein Beweis für die Bereitschaft der Länder, Verantwortung für das Staatsganze zu übernehmen. Damals wie heute leisten die Länder einen wichtigen Beitrag. Das Verhältnis Bund–Länder sei dennoch immer wieder zu prüfen und zu justieren, um die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zu stärken, die politischen Verantwortlichkeiten noch deutlicher zuzuordnen und eine zweckmäßige und effiziente Aufgabenerfüllung aller Gebietskörperschaften sicherzustellen, sagte Kneifel.

Bundesratspräsident Kneifel schloss in Anlehnung an Landeshauptmann Pühringer: Der Föderalismus sei nie Selbstzweck, sondern diene insbesondere einer Politik der Bürgernähe. Es gelte, den Föderalismus weiterzuentwickeln und den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Die föderale Ordnung wachse aus Zusammengehörigkeitsgefühl, Vertrauen, Solidarität und gegenseitigen Zugeständnissen.

*(Quellen: Parlamentskorrespondenz Nr. 973, 23.9.2015 und Nr. 997, 25.9.2015)*

### Gemeinsames Haushaltsrecht für alle Bundesländer

Bundesratspräsident Kneifel begrüßte Anfang Oktober 2015 die inhaltliche Einigung auf ein gemeinsames Haushaltsrecht für alle Bundesländer. "Die Länder haben sich freiwillig zu einer Vereinbarung verpflichtet, die in Zukunft klare, transparente, nachvollziehbare und vergleichbare Haushaltsregeln garantiert." Bei Form und Gliederung der Länderhaushalte werde es nun klare Regeln geben – bei voller Wahrung der verfassungsmäßig garantierten Finanzhoheit der Länder. "Wenn die Bundesregierung darüber hinaus mit einem Verfassungsgesetz die Finanzhoheit der Länder beseitigen will, wird dieses Thema im Bundesrat, der in diesen besonderen Finanzfragen der Länder ein absolutes Veto hat, gesondert zu prüfen sein", sagte Kneifel. Deshalb sei die freiwillig erzielte Einigung auf Basis einer 15a-Vereinbarung für die Ziel-Erreichung tauglicher als eine Verordnung, die einer Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof nicht standhalten würde.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1051, 6.10.2015)*

### Finanzministerium setzt BR-Petition für Vereine um

Mit mehr als 2.600 Unterschriften forderte der Innviertler Bundesrat Ferdinand Tiefnig Anfang September 2015 in einer Petition an den Bundesrat erleichterte Finanzprüfungen, wenn Vereine Musikkapellen engagieren. Tiefnig wörtlich: "Da die Organisation ausschließlich durch die Vereinsmitglieder oder deren nahe Angehörige vorzunehmen ist, darf auch die Darbietung von Unterhaltungseinlagen (Musik-, Show- und Tanzeinlagen) nur durch Vereinsmitglieder oder der breiten Masse nicht bekannte Künstler (nicht bekannt durch Film, Fernsehen, Radio) erfolgen. Man kann in der Regel davon ausgehen, dass diese der breiten Masse nicht bekannt sind, wenn der Preis, den diese Musikgruppe oder die Künstlergruppe für ihre Auftritte verrechnet, 1.000 Euro netto pro Stunde Auftrittszeit nicht überschreitet. Nur das konkrete Auftrittsentgelt laut Engagementvertrag oder Honorarnote (ohne technische Nebenleistungen) sollte für die Beurteilung relevant sein." Kneifel sicherte eine rasche weitere



Bundesrat Ferdinand Tiefnig forderte in seiner Petition erleichterte Finanzprüfungen für Vereine – das Finanzministerium setzte diese Forderung um. © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann

Behandlung der Petition im Bundesrat zu. Zunächst wurde eine Stellungnahme aus dem Finanzministerium eingeholt, danach wurde die Petition am 27. Oktober 2015 im zuständigen Ausschuss beraten.

Schon einen Monat nach Einbringung vermeldete Tiefnig einen Erfolg: Das Finanzministerium hat diese Forderung erfüllt und stellt künftig nicht mehr auf den regionalen Bekanntheitsgrad einer Band ab, sondern ausschließlich auf die Höhe der Entlohnung. Die zulässige Entlohnung wurde zudem – wie in der Petition verlangt – von 800,- auf 1.000,- Euro erhöht.

*(Quelle: News Kneifel, 4.9. bzw. 4.10.2015)*

### Mehr direkte Demokratie für Länder und Gemeinden

Bundesratspräsident Kneifel zog zur letzten Sitzung der parlamentarischen Enquete-Kommission "Stärkung der Demokratie in Österreich" eine positive Bilanz. Den Bundesländern soll es zukünftig ermöglicht werden, die jeweiligen Landesverfassungen so zu ändern, dass Instrumente der direkten Demokratie eingeführt werden können. Dabei können die Länder über die bisherigen rechtlichen Möglichkeiten der Bundesverfassung hinausgehen. Ein Vorteil für mehr Mitbestimmung in der Politik sei auch die Festlegung, dass

die Bundesregierung zukünftig für mehrere Monate im Voraus ihre Gesetzesvorhaben ankündigen muss. Ziel dabei sei es, nicht erst nach dem Vorliegen eines Ministerialentwurfs mit der Bürgerbeteiligung zu beginnen.

Ein weiterer Vorteil sei auch die Möglichkeit, BürgerInnen in die Diskussion über bedeutende Gesetzesvorhaben durch eine elektronische Crowdsourcing-Plattform zu involvieren. Über diese Plattform können BürgerInnen sowohl ihre Ideen und Vorstellungen als auch persönliche Erfahrungen mit bisherigen Regelungen einbringen, noch bevor ein Gesetzesentwurf erarbeitet wird.

Als ebenso sinnvoll bezeichnet Bundesratspräsident Kneifel die geplante Einbindung der BürgerInnen in das Gesetzesbegutachtungsverfahren. Konkret soll auch dafür eine Online-Plattform eingerichtet werden, auf der sich sowohl offizielle Stellen als auch Einzelpersonen am Begutachtungsverfahren beteiligen können. Dabei soll es nicht nur möglich sein, zu jeder einzelnen Bestimmung selbst Anmerkungen zu machen, sondern auch bereits vorhandene Anmerkungen anderer zu unterstützen. Dadurch komme es zu Vorrangwirkungen bestimmter Vorschläge und Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren, was die Orientierung für die Abgeordneten bei der Endformulierung der Gesetze wesentlich erleichtern werde.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 954, 16.9.2015)*



Letzte Sitzung der parlamentarischen Enquete-Kommission Mitte September 2015. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Austausch mit jungen Menschen ist Bundesratspräsident Gottfried Kneifel ein großes Anliegen: u.a. besuchte ihn eine Klasse der NMS Sattledt im Parlament. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

### Jugend

#### Dialogkonferenz zur Beteiligung junger Menschen an Politik in Bregenz

"Habt mehr Mut bei der Durchsetzung von mehr demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene", appellierte Bundesratspräsident Kneifel bei der Dialogkonferenz vor mehr als 70 Jugendlichen und JugendreferentInnen aus vier Bundesländern und aus Südtirol Mitte September in Bregenz. Hauptthema der Konferenz war die Beantwortung der Frage, wie man die politische Beteiligung junger Menschen steigern kann. Bei der Konferenz wurden konkrete Modelle und praktische Beispiele erarbeitet, um mehr Beteiligung in Jugendorganisationen – wie zum Beispiel der Jugendfeuerwehr – voranzutreiben. Erstellt wurde auch ein Konzept für einen Ideenwettbewerb für eine Kampagne gegen Extremismus und Gewalt sowie neue Formen von Jugendbeteiligung in den Gemeinden und Schulen.

"Demokratie und Parlamentarismus sind kein automatischer Erfolgszug, der von selbst weiterfährt. Demokratie

braucht immer wieder aktuelle Einladungen zu Mitbestimmung und Beteiligung", sagte Kneifel und gratulierte der Bundesjugendvertretung zu dieser Initiative. "Impulse für mehr Demokratie sind das beste Rezept gegen Rassismus, Extremismus, Hetze und Gewalt", so der Bundesratspräsident.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 943, 14.9.2015)

### Europa

#### Bundesrat als Mittler für die österreichische Europapolitik

Anlässlich der wieder aufgeflammten Diskussion über eine Änderung des Zweikammersystems in Österreich wandte sich Bundesratspräsident Kneifel einmal mehr vehement gegen die Abschaffung der Länderkammer. "Der Bundesrat erfüllt heute mehr denn je die wichtige Funktion eines Bindeglieds zwischen europäischer und nationaler Gesetzgebung einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits". Kneifel wies v.a. auch auf den EU-Ausschuss des Bundesrates hin, der seine Kontrollfunktion im Subsidiaritätsprüfungsverfahren sehr ernst nimmt und mittlerweile zur aktivsten Kammer in Europa avanciert ist. "Gerade in einer zunehmend globalisierten Welt braucht man wieder vermehrt den Blick für die Bedürfnisse der Regionen", stellte Kneifel fest. Außerdem unterstütze der Bundesrat regionale grenzüberschreitende Kooperationen, die von eminenter wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung sind, wie etwa die Donauraumstrategie. Kneifel stellt sich jedoch nicht gegen eine sinnvolle Reform des Bundesrates, um die Länderkammer zu stärken, "aber dafür muss vorher der politische Wille gesichert sein", sagte er.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 864, 28.7.2015)

#### Bundesrat setzt sich für Beibehaltung hoher Datenschutzstandards ein

Die Verhandlungen zur EU-Datenschutzreform sind mit den Trilog-Gesprächen zwischen Europäischer Kommission, Rat und EU-Parlament in eine entscheidende

de Phase getreten. Das bestätigte zuletzt auch die zuständige EU-Kommissarin Věra Jourová bei ihrem Besuch im Parlament und kündigte einen Abschluss der Arbeiten an den neuen Datenschutzbestimmungen bis Jahresende an. Vom EU-Ausschuss des Bundesrates wurde dazu im September 2015 mehrheitlich in einer Mitteilung an die EU-Institutionen festgehalten, dass die Reform keinesfalls das hohe Niveau des Datenschutzes in Österreich mindern dürfe. Die Länderkammer stellt sich damit auf die Seite der Bundesregierung. Grundlage der neuen Datenschutzbestimmungen, die unionsweit gelten sollen, ist ein Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zum Schutz personenbezogener Daten bei der Verarbeitung durch Unternehmen sowie zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung).

Mit dem Schreiben an das Europäische Parlament und den Rat bringe sich der Bundesrat aufgrund der Brisanz der Thematik schon vor Abschluss der Trilog-Verhandlungen in die Diskussion ein, erklärte Ausschussobmann Edgar Mayer. Ungeachtet dessen wolle man die endgültige Verordnung noch im Detail studieren, sowohl hinsichtlich des Schutzniveaus als auch ihrer Praktikabilität. Außer den Grünen, die präzisere Formulierungen forderten, stimmten alle Fraktionen der Ausschussmitteilung zu.

### EU-Datenschutz darf Grundrechte nicht übergehen

In ihrer Mitteilung unterstreichen die BundesrätInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ, grundsätzlich sei die Vereinheitlichung europäischer Datenschutzstandards zu begrüßen, doch dürften das derzeit geltende hohe Niveau des österreichischen Datenschutzes und die Bestimmungen der Europäischen Grundrechtecharta keinesfalls unterschritten werden. Erhalten bleiben müsse auch – zumindest auf innerstaatlicher Ebene – der im DSG 2000 verankerte Datenschutz für juristische Personen. Hervorgehoben wird in der Mitteilung überdies, dass von einem der Hauptgesichtspunkte der Verordnung, dem "Recht auf Löschung und auf Vergessenwerden" von Daten im Internet, nicht abgewichen werden darf. Zu unterstützen sei, dass BürgerInnen wieder Kontrolle über ihre eigenen personenbezogenen Daten erlangen. Generell wird von

den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung gefordert, sie müssten das Vertrauen in die Datensicherheit wieder stärken. Deswegen sei Datenmissbrauch streng zu ahnden. Angemerkt wird in diesem Zusammenhang allerdings, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bzw. Ein-Personen-Unternehmen dürften im Sinne der Verhältnismäßigkeit durch verhängte Strafzahlungen nicht in den Ruin gedrängt werden. Ebenso belaste die Einführung eines Datenschutzbeauftragten für jedes Unternehmen kleine Wirtschaftstreibende massiv, heißt es in dem Schreiben, weswegen man hier eine praktikable Lösung brauche.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 947, 15.9.2015)*

### Gesamteuropäische Strategie für die Asylpolitik

Asyl- und Wirtschaftsflüchtlinge standen im Mittelpunkt einer Diskussion, zu der 50 FunktionärInnen der Jungen Union Niederbayern anlässlich ihres Linz-Besuches Mitte Oktober Bundesratspräsident Kneifel eingeladen hatten. Manche TeilnehmerInnen zeigten Unverständnis für das Schengen- und Dublin-Abkommen-widrige Durchwinken der Flüchtlinge nach Deutschland ohne Registrierung. "Bei aller Beachtung der Menschenrechte kann es kein Asylrecht à la carte geben – nach dem Motto 'Ich suche mir selbst das beste und attraktivste Asyl Land aus'", sagte Kneifel, der vor Uneinigkeit der EU in dieser Frage warnte. Nationale Alleingänge bei der Lösung der Asylproblematik wären der Start für das Scheitern Europas, weshalb eine gesamteuropäische Strategie verwirklicht werden müsse. Gelingt es hingegen Asyl- von Wirtschaftsflüchtlingen zu trennen, und AsylwerberInnen mit Bleibe-Perspektive – wie etwa aus Syrien – rasch in den europäischen Arbeitsmarkt zu integrieren, könnte die EU sogar stärker werden.

*(Quelle: News Kneifel, 11.10.2015)*

### Union für den Mittelmeerraum berät zur Flüchtlingskatastrophe

"Die Weiterentwicklung der Europäischen Union setzt voraus, die Sorgen und Interessen der Menschen des Mittelmeerraums in den europäischen Entscheidungsprozess





Mitglieder des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM). Der Ausschuss tagte am 10. November 2015 zur Flüchtlingskrise im österreichischen Parlament. Fotos © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Markus Wache

einzu beziehen", sagte Bundesratspräsident Kneifel bei der Begrüßung der Mitglieder des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der am 10. November 2015 im Parlament zusammentrat. Erstes Thema der Tagung waren die Flüchtlingstragödie und die Herausforderungen, die sie für die Gemeinden mit sich bringt. "Wir brauchen Abgeordnete aus Fleisch und Blut, die sich mit Herz und Verstand mit den Problemen des Mittelmeerraums befassen und Empfehlungen an die Regierungen richten", sagte Kneifel. In den Ländern des Mittelmeerraums sei zwar das Verlangen nach Demokratisierung geweckt worden, Umbrüche und Neuorientierung seien aber nur in wenigen Fällen nachhaltig gewesen. Instabilität prägte die Region, in der der Bürgerkrieg in Syrien und der IS-Terror die internationale Gemeinschaft herausfordern und Hunderttausende Flüchtlinge aus der Region in Europa eine bessere Zukunft für ihr eigenes Leben suchen. Der Friedensprozess im Nahen Osten sei weiterzuführen, sagte Kneifel. Dazu gehören Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, neue Technologien zum Einsatz erneuerbarer Energien und neue Arbeitsplätze. Die Union für den

Mittelmeerraum habe als gemeinsames Forum Israels und seiner arabischen Partner die Erwartungen bisher nicht erfüllen können, sie sollte sich aber nicht entmutigen lassen, weiter für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten zu arbeiten.

### **Bundesrat Stefan Schennach: Flüchtlinge klopfen an Europas Tür**

Der Vorsitzende des Ausschusses, Stefan Schennach, unterstrich in seinem Eröffnungsstatement seinerseits die Notwendigkeit, dass ParlamentarierInnen zueinanderfinden, wenn Regierungen einander boykottieren. Dies bewähre sich in der Union für den Mittelmeerraum seit Jahren, betonte Schennach und erinnerte an die Arbeit des Ausschusses im Hinblick auf den Gazakrieg, die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die Unterstützung von StudentInnen, den Einsatz für Frauenrechte und den Start der Initiative "Eco-Town" samt umfassendem Solarplan. Angesichts der 250.000 Flüchtlinge, die im Zuge der aktuellen Flüchtlingstragödie durch Österreich gekommen sind, gehe es heute um die Frage, was Gemeinden brauchten, um Flüchtlingen zu helfen und sie zu integrieren, sagte Ausschussvorsitzender Schennach.

**Kilian Kleinschmidt:**

**60 Millionen Menschen auf der Flucht**

"Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht", sagte der Berater des Bundesministeriums für Inneres in Flüchtlingsangelegenheiten, Kilian Kleinschmidt, der zu den Flüchtlingen ausdrücklich auch Menschen zählt, die vor Armut fliehen, wobei er zu bedenken gibt, dass weltweit 865 Millionen Menschen unter Hunger oder dem zunehmenden Klimawandel leiden. Diese Krise erreiche nun auch Europa. Konkret berichtete Kleinschmidt von seiner Arbeit in jordanischen Flüchtlingslagern und von Versuchen, diese Lager zu Aufnahmeorten für Flüchtlinge aus Syrien zu machen. Dabei mahnt Kleinschmidt die Solidarität der internationalen Gemeinschaft ein, um die katastrophale Situation in den Lagern zu verbessern. "Der Westen und die Europäische Union müssen in die Unterstützung der Menschen investieren, die bislang die Hauptlast der Katastrophe im Nahen Osten tragen", schloss Kleinschmidt.

**Walter Leiss:**

**Gemeinden unterstützen**

Der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebunds, Walter Leiss, schilderte Leistungen und Aufgaben der Gemeinden bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Laut Verfassung seien Bund und Länder zustän-

dig, auf die lange absehbare Entwicklung habe man sich aber nicht ausreichend vorbereitet. Viele Gemeinden, die bereit wären, Flüchtlinge im Ausmaß von 1,5 % ihrer Bevölkerung aufzunehmen, stünden nun vor bürokratischen Hürden, etwa bei der Einhaltung internationaler Standards, sei es die Qualität der Unterkünfte oder die Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel. Integration werde aber nur gelingen, wenn man es schaffe, Flüchtlinge mit Asylstatus kleinräumig in den Gemeinden unterzubringen. Dort entstünden aber enorme Herausforderungen bei der Schaffung von Quartieren, Kindergärten und Schulplätzen, beim Sprachunterricht, bei der Gesundheitsversorgung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Leiss mahnte globale und österreichische Lösungen ein. Die EU sei zwar auf dem richtigen Weg, vom Ziel aber noch weit entfernt. Zudem sei der Kampf gegen die Ursachen der Flüchtlingsströme aufzunehmen, sagte Leiss abschließend.

**Melissa Fleming:**

**Humanitäre Katastrophe verhindern**

In bewegenden Worten schilderte Melissa Fleming vom UNHCR in ihrem Statement das Schicksal einer jungen syrischen Frau, die gemeinsam mit einem Kleinkind als Einzige die Überfahrt über das Mittelmeer auf einem mit 500 Personen besetzten Boot überlebte. UNHCR-Sprecherin Fleming hielt fest, dass es



Ausschussvorsitzender  
Bundesrat Stefan Schennach



Kilian Kleinschmidt,  
Flüchtlingsexperte



Walter Leiss, Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebunds



Melissa Fleming, Sprecherin des  
UNO-Flüchtlingshilfswerks

mehr finanzielle Mittel benötige, um die Flüchtlinge adäquat zu versorgen. Zudem müsse der Krieg in Syrien gestoppt werden. "Die Welt steht vor der schlimmsten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg", schloss Fleming ihren eindringlichen Appell für mehr Entschlossenheit bei der Unterstützung der notleidenden Menschen.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1105, 19.10.2015)

### Europäische Visionen für die Regionen an der Donau

Die Donau und aktuelle Herausforderungen für die Menschen an ihren Ufern sowie die Zukunftsperspektiven dieses europäischen Raumes stehen im Mittelpunkt einer Informations- und Diskussionsveranstaltung, die Bundesratspräsident Gottfried Kneifel Mitte November 2015 im Sitzungssaal des Bundesrates eröffnete. "Donau-Leben – Impulse für Regionen" lautete der Titel des Programms, durch das Harald Kutzenberger, Generalsekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Donauforschung (IAD), führte. Mitveranstalterin war die Arbeitsgemeinschaft Donauländer (ARGE Donauländer). Zu den aktuellen politischen Aufgaben bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft in den Regionen an der Donau zählt die kompetenz- und fachübergreifende Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Naturgefahren durch Klimawandel, Bodenerosion und Hochwasser. Erforderlich ist eine abgestimmte Vorgangsweise von Ländern und Gemeinden an den Wasserkörpern und in der Fläche. Es geht um einen gemeinsamen Prozess, der Bodenschutz, Biolandbau und Wasserbau grenzübergreifend vernetzt und "von der Linie in die Fläche" führt.

### "Wir sind Donau" – Tradition und Zukunft regionaler Zusammenarbeit

Nach Begrüßungsworten von Bundesratspräsident Kneifel blickte Simon Ortner vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung auf "25 Jahre

Arbeitsgemeinschaft Donauländer" zurück. "60 Jahre Internationale Arbeitsgemeinschaft für Donauforschung (IAD)" resümierte der Präsident der IAD und Professor an der Universität für Bodenkultur Wien, Thomas Hein. Wie "Wissenschaftliche Kooperation ein Schlupfloch im eisernen Vorhang" öffnete, schilderte Árpád Berczik, der ungarische IAD-Vertreter und Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. "Gemeinsame Visionen der Europäischen Strategie für den Donaauraum (EUSDR)" skizzierte Florian Ballnus vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und Koordinator der EUSDR-Prioritätsachse Biodiversität, Landschaft und Boden.

Über "Meilensteine länderübergreifender Kooperation als Grundlage nachhaltiger Entwicklung – Danube River Basin Management Plan und Danube Floodrisk Management Plan" referierte Ivan Zavadsky, der Generalsekretär der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD). Die "Integrierte Entwicklung von Einzugsgebieten in Österreich – der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan" lautete das Thema von Franz Wagner (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft).

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1198, 10.11.2015)



Eine Ausstellung informierte die Gäste der Diskussionsveranstaltung zur Donauregion über Herausforderungen und Zukunftsvisionen. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Leo Hagen



Bundesratspräsident Gottfried Kneifel gedenkt der Terroropfer von Paris.  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer

### Gedenken

#### Der Bundesrat gedenkt der Terroropfer von Paris und ruft zu einer Schweigeminute auf

"Schockiert, traurig und betroffen" zeigte sich Bundesratspräsident Gottfried Kneifel angesichts der Terroranschläge in Paris und bat die Bundesrätinnen und Bundesräte eingangs der ersten Sitzung der Länderkammer nach den entsetzlichen Gewalttaten in der französischen Hauptstadt zu einer Schweigeminute. Den Angehörigen der 129 Toten und 350 Verletzten aus 19 Ländern drückte der Bundesratspräsident sein Mitgefühl und dem Volk der Französischen Republik innige Verbundenheit aus. "Unsere Verachtung gilt den Kriminellen, die mit Terror Angst und Schrecken verbreiten und unser freies europäisches Gesellschaftssystem ins Wanken bringen wollen", sagte Kneifel und rief alle Menschen in Europa auf, die Grundsätze der demokratischen, liberalen und offenen Gesellschaft konsequent zu verteidigen, für diese Werte zu werben und die Regierung Österreichs und alle europäischen Länder bei Maßnahmen zur Sicherheit und Terrorbekämpfung bestmöglich zu unterstützen. "Für Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschenrechte", lautete der Appell von Bundesratspräsident Gottfried Kneifel.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1285, 19.11.2015)

### Enquete

#### Österreichs Bauerbe im Spannungsfeld von Denkmalschutz und Ökonomie

Österreich verfügt über ein reiches Erbe an Baukultur. Die Erhaltung und Nutzung denkmalgeschützter Objekte stellt jedoch vor immer neue Herausforderungen. Bundesratspräsident Gottfried Kneifel lud deshalb Anfang November zur Veranstaltung "Die Zukunft des baukulturellen Erbes" ins Parlament.

#### Identitätsstiftendes Element und Wirtschaftsfaktor

Das "gebaute Erbe Österreichs" ist einerseits ein wichtiges Element der Identitätsstiftung. Baudenkmäler sind jedoch auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, da sie eine der größten touristischen Attraktionen des Landes darstellen. Denkmalschutz sei eine gesamtstaatliche Aufgabe für Bund, Länder und EigentümerInnen, sagte der Bundesratspräsident eingangs und forderte einen aktiven Zugang zur Erhaltung des kulturellen Erbes.



Die Referenten der Enquete zu Österreichs Bauerbe, v.li.: Wilfried Lipp, Johannes Kyrle, Albrecht Konecny, Egon Greipl, Bundesratspräsident Gottfried Kneifel, Georg Spiegelfeld-Schneeburg und Reinhold Sahl.

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

### Historische Architektur ist durch ökonomische Entwertung gefährdet

Unter dem Titel "Situationsanalyse und Großwetterlage" thematisierte der oberösterreichische Landeskonservator a.D. Wilfried Lipp die Perspektiven der Erhaltung des baukulturellen Erbes. Laut Bundesdenkmalamt umfasste dieses 37.597 unter Schutz stehende Baudenkmäler. Hinzu kämen Gebäude, die nicht unter Schutz stehen, die jedoch Ortsbilder und Kulturlandschaft prägen. Die als erhaltenswert betrachtete Substanz umfasse daher rund 10 % des Baubestands in Österreich. Die Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gefährde historische Architektur zusehends. Die Gesetzgebung auf Landes- und Bundesebene könne zur Verbesserung der Situation beitragen. Voraussetzung dafür sei jedoch ein klares Bekenntnis zum Wert des kulturellen Erbes. Grundproblem sei allerdings die große Schere zwischen dem ideellen Wert und der materiellen Bewertung von geschützten Bauten, gab Lipp zu bedenken. Für EigentümerInnen gestalte sich die wirtschaftliche Nutzung von denkmalgeschützten Bauten daher oft schwierig, es fehle an Investitionenanreizen. Man könne auch Banken und Versicherungen in die Überlegungen einbeziehen.

### Denkmalschutz zwischen gesetzlichen Vorgaben und Praxis

Aus der Praxis des Denkmalpflegers berichtete außerdem Egon Greipl, Generalkonservator a.D. und Stadtrat der Stadt Passau. Internationale Vergleiche über die Erhaltung des baukulturellen Erbes stellte der Wiener Bundesrat a.D. Albrecht Konecny an. Inwieweit Normen für denkmalgeschützte Objekte Nutzungshilfe oder Beschränkung seien, erörterte Burghauptmann Reinhold Sahl (Burghauptmannschaft Österreich). Johannes Kyrle sprach als Obmann des Interessenverbandes "Land & Forst Betriebe Niederösterreich" über den Umgang mit praktisch ertragslosem Eigentum. Georg Spiegelfeld-Schneeberg, Präsident der Gesellschaft für Landeskunde und Denkmalpflege Oberösterreich, formulierte Ziele für eine moderne und sanfte Bewirtschaftung des baukulturellen Erbes.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1182, 4.11.2015)*



Bundesratspräsident Gottfried Kneifel trifft Verfassungsgerichtshofpräsident Gerhart Holzinger. © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann

### Treffen und Besuche

#### Bundesratspräsident Gottfried Kneifel trifft VfGH-Präsidenten Gerhart Holzinger

Der digitale Wandel als Herausforderung für Politik und Gesellschaft stand im Juli im Mittelpunkt eines Gesprächs, das Bundesratspräsident Kneifel mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Gerhart Holzinger führte. Die beiden waren sich einig, dass diese Zukunftsfrage einerseits für den Wirtschaftsstandort von Bedeutung ist, andererseits aber auch bildungs-, gesellschafts- und demokratiepolitische Antworten erfordert. "Die digitale Entwicklung eröffnet mehr Möglichkeiten für die demokratische BürgerInnenbeteiligung, auf die das politische System reagieren muss", formulierte der Bundesratspräsident, der auch dieses Thema zum Schwerpunkt seines Vorsitzes in der Länderkammer machte. Die Initiative wurde am 22. Juli gemeinsam mit allen Fraktionen vorgestellt. Zur Ideensammlung wurde die Online-Internet-Plattform [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) eingerichtet, aus deren Inputs das Grünbuch "Digitaler Wandel und Politik" entstand. Weitere Themen des Gesprächs waren Vorratsdatenspeicherung, Datenschutz, Urheberrecht und der digitale Nachlass. Ebenso wurden Fragen der Bundesverfassung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern sowie der Einhaltung des bundesstaatlichen Ordnungsprinzips besprochen.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 867, 29.7.2015)*

## Kneifel gratuliert

### Universitätsprofessor Fritz Schneider

Fritz Schneider, Wissenschaftlicher Leiter und Vorsitzender des Institutes Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) sowie Universitätsprofessor an der Linzer Johannes-Kepler-Uni, wurde bereits zum zweiten Mal von den großen Wirtschaftszeitungen des deutschsprachigen Raumes – Die Presse (Ö), Frankfurter Allgemeine Zeitung (D) und Neue Zürcher Zeitung (CH) – zum "einflussreichsten Ökonomen des Jahres" erhoben. "Diese neuerliche internationale Anerkennung Ihrer wissenschaftlichen Kompetenz sollte für die Entscheidungsträger in der Politik ein Ansporn sein, Ihre kritischen Studien zur derzeitigen ökonomischen Lage der Republik ernster zu nehmen", stellte Kneifel in einem Schreiben an Schneider fest. Diese Auszeichnung kommt auch der Linzer Johannes-Kepler-Universität zugute, deren Institut für Volkswirtschaft Schneider seit 30 Jahren leitet. Vor vier Jahren hat Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl Schneider zum Vorsitzenden des Kuratoriums und Wissenschaftlichen Leiter des Institutes Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) bestellt, einer privat finanzierten Institution zur Grundlagenforschung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 922, 7.9.2015)*

## Besuch des Bundesrates im Schweizer Parlament

Mitte September 2015 standen bei einem Besuch im Schweizer Parlament die Themen Asyl, Föderalismus und digitaler Wandel im Mittelpunkt. "Die Schweiz entscheidet binnen einer Woche, ob ein Flüchtling Asyl erhält und im Land bleiben kann oder nicht", wurde Bundesratspräsident Kneifel bei seinem offiziellen Besuch im Bundeshaus in Bern mitgeteilt. "Das sollte auch Ziel für Asylverfahren in Österreich sein." Die Möglichkeiten elektronischer Beteiligung am politischen Prozess, Weiterentwicklung der Demokratie und Verwaltungskosten im Föderalismus waren weitere Themen seines Besuches in Bern. Auf dem Programm stand ein Treffen mit dem Präsidenten des Ständerates Claude Hêche und Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, Delegationsleiterin der parlamentarischen Schweiz-Österreich-Arbeitsgruppe. Die

föderalistisch organisierte Schweiz hat von allen europäischen Staaten die geringsten Verwaltungskosten: nur elf Euro pro Einwohner. Im Vergleich liege Österreich mit 17 Euro Verwaltungsaufwand pro Bürger im europäischen Mittelfeld – trotz Bundes-, Landes- und Gemeinde-Ebenen. Das beweise, dass Zentralismus teurer ist als Föderalismus, so Kneifel.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 960, 17.9.2015)*

## Parlamentarierdelegation aus Südtirol im Bundesrat

Die Asylkrise war Thema einer Aussprache einer Parlamentarierdelegation aus Südtirol mit Bundesratspräsident Kneifel. Die Südtiroler MandatarInnen und Landtagspräsident Thomas Widmann zeigten sich interessiert am Umgang der österreichischen Politik mit der Situation. Kneifel wies auf die Anstrengungen der Behörden und die Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung hin, gab aber auch zu bedenken, dass bei der Integration der AsylwerberInnen vor allem auch auf die Gemeinden große Herausforderungen zukämen. Hilfreich für eine rasche Integration wäre Kneifel zufolge die rasche Entscheidung über ein Bleiberecht für



Aussprache mit einer Delegation aus Südtirol. Vizelandtagspräsident Roberto Bizzo, Landtagspräsident Thomas Widmann, Präsidiumsmitglied Maria Hochgruber Kuenzer und Präsidiumsmitglied Roland Tinkhauser treffen mit den österreichischen RepräsentantInnen zusammen.

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer

AsylwerberInnen nach dem Vorbild der Schweiz, wo innerhalb einer Woche entschieden werde. Er könne sich auch vorstellen, qualifizierten AsylwerberInnen mit Bleiberecht den Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen, noch bevor das Asylverfahren endgültig abgeschlossen ist. Dann würde auch die immer wieder geäußerte Kritik verstummen, dass AsylwerberInnen nicht arbeiten würden. Ein wichtiges Signal wäre außerdem die Verankerung eines "Asyls auf Zeit" mit einer automatischen Prüfung der Lage im Fluchtland nach drei Jahren.

Weiteres zentrales Thema war für Kneifel die Vermittlung von Demokratie, die in der Vergangenheit vernachlässigt worden sei. Man dürfe nicht davon ausgehen, dass die Demokratie eine stabile Konstante sei. Vor diesem Hintergrund begrüßte der Bundesratspräsident auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Nationalrates zur Demokratiereform. Südtirol könne auf diesem Gebiet wenig vorweisen, räumte Landtagspräsident Widmann zu dieser Frage ein. Einig waren sich Kneifel und Widmann, was die Beziehungen zwischen Österreich und Südtirol betrifft. Freundschaften gehörten gepflegt, meinten sie übereinstimmend. Der Delegation gehörten neben dem Landtagsvizepräsidenten Roberto Bizzo auch die Mitglieder des Präsidiums des Südtiroler Landtages und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen an. Im Anschluss an das Gespräch mit Kneifel traf die Delegation mit Mitgliedern des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates zusammen, wo vor allem die Frage einer doppelten Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen erörtert wurde.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1013, 29.9.2015)*

### Bundesratspräsident Kneifel im Gespräch mit deutschen Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Die Bewältigung des Flüchtlingsstroms nach Europa, das Zukunftsthema "digitaler Wandel" und Fragen zur Weiterentwicklung des Föderalismus standen im Zentrum eines Gedankenaustauschs zwischen Bundesratspräsident Kneifel und Klaus Brähmig, dem Vorsitzenden der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe. Kneifel sah die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich ungetrübt, sie sollten aber weiterentwickelt werden.

Klaus Brähmig (CDU) sah in Deutschland derzeit eher Haushaltsfragen und nicht die Föderalismusdebatte im Vordergrund stehen, gehe es doch darum, das ambitionierte Ziel einer "schwarzen Null" zu erreichen. Besorgt zeigten sich die deutschen Gäste wie auch Kneifel ange-



Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und Renate Scheichelbauer-Schuster mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der WorldSkills im Oktober 2015. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

sichts der Flüchtlingskrise. Bedauerlicherweise zeige sich die Europäische Union einmal mehr nicht im Einklang. Europa stehe vor einer großen Herausforderung, werde diese aber bewältigen. An der Diskussion nahm auch der Vorsitzende der österreichisch-deutschen Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Abgeordneter Johann Hechtl (SPÖ) teil.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1048, 5.10.2015)*

### Empfang der TeilnehmerInnen der internationalen Berufsweltmeisterschaft 2015

"Sie sind persönliche Beispiele dafür, dass sich Leistung, solide Ausbildung, Wettbewerb und persönlicher

Einsatz lohnen", sagte Bundesratspräsident Kneifel beim Empfang der österreichischen TeilnehmerInnen der Berufsweltmeisterschaften 2015. Das Team Austria konnte seine Fertigkeiten unter mehr als 1.000 KontrahentInnen aus 70 Nationen erfolgreich unter Beweis stellen und fünfmal Gold, zweimal Silber, einmal Bronze und 16 Exzellenz-Diplome mit nach Hause nehmen. Kneifel sprach sich in seiner Laudatio dafür aus, Lehrlingen nach absolvierter Lehrabschlussprüfung zu ermöglichen, zukünftig ohne weitere Berufsreifeprüfung an der Universität zu inskribieren und mit einem Studium in fachlich einschlägigen Studienrichtungen beginnen zu können. Fachkräfte sollten in der öffentlichen Meinung auf derselben Stufe wie MaturantInnen stehen und Personen mit Meisterprüfung die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie AkademikerInnen erfahren. Die Erfolge bei den WorldSkills 2015 würden zeigen, wie wichtig die Stärkung des dualen Ausbildungssystems auch zukünftig sei, sagte zudem die Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) Renate Scheichelbauer-Schuster, die die Lehrlinge ins Parlament begleitete.

Der Berufswettbewerb wird alle zwei Jahre von der gemeinnützigen Organisation WorldSkills International ausgerichtet. 2015, bei den 43. WorldSkills in Sao Pãolo, nahmen vonseiten Österreichs 35 junge Fachkräfte aus 31 Berufen, darunter etwa BetonbauerInnen, MöbeltischlerInnen, FloristInnen und MalerInnen, teil. Die nächsten WorldSkills werden 2017 in Abu Dhabi stattfinden.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1118, 20.10.2015)*

### **Maria Romana De Gasperi zu Gast im Bundesrat**

Maria Romana De Gasperi, die Tochter von Alcide De Gasperi, Mitbegründer eines gemeinsamen Europas, wurde von Bundesratspräsident Kneifel im Parlament empfangen. Frau De Gasperi wurde der ehemalige Sitzplatz Nr. 164 ihres Vaters im Reichsratssitzungssaal gezeigt und Originaldrucke von Anträgen und Reden ihres Vaters überreicht.

Alcide De Gasperi wurde am 3. April 1881 in Pieve Tesino nahe Trient als Sohn eines Gendarmen geboren, studierte deutsche und romanische Philologie in Wien, war ab

1909 Gemeinderat in Trient und wurde 1911 drittjüngster Abgeordneter im Reichsrat in Wien. 1944 wurde er italienischer Außenminister und am 10. Dezember 1945 erster christdemokratischer Ministerpräsident. De Gasperi war einer der Architekten der Europäischen Union. Im Mai



Bundesratspräsident Gottfried Kneifel überreicht Maria Romana De Gasperi Originaldrucke von Anträgen und Reden ihres Vaters Alcide De Gasperi. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

1954 wurde De Gasperi zum Präsidenten der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gewählt. Seine schon im altösterreichischen Parlament gesammelte Erfahrung, mit den Herausforderungen multinationaler Politik umzugehen, hatte ihn für die neue europäische Politik prädestiniert. Alcide De Gasperi starb am 19. August 1954.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1129, 22.10.2015)*

### **Italien–Österreich: Flüchtlingsfrage muss gemeinsam gelöst werden**

Die Flüchtlingskrise in Europa, die Reform des parlamentarischen Kammersystems sowie bilaterale Fragen standen im Mittelpunkt einer Aussprache zwischen Mitgliedern des Verfassungsausschusses des italienischen Senats und österreichischen PolitikerInnen. Delegationsleiterin Anna Finocchiaro, Mitglied der Regierungspartei Partito Democratico, zollte dem Engagement Österreichs in der



Flüchtlingsfrage Respekt. Sie zeigte sich dennoch enttäuscht darüber, dass die am meisten betroffenen Staaten, wie eben Italien, Griechenland oder Österreich, zu wenig Unterstützung von der Europäischen Union erfahren. Besorgt zeigte sich Finocchiaro über das teilweise Schließen der Grenzen, weil dies das Risiko berge, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte. Italien habe eine hohe Sensibilität in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und des Prinzips der Gastfreundschaft, betonte sie.

Der humanitäre Zugang Italiens in der Flüchtlingsfrage habe Vorbildwirkung für ganz Europa, betonte Bundesrat Gerhard Schöndinger (ÖVP), der die Aussprache leitete. Er trat auch dafür ein, jene Länder stärker in die Pflicht zu nehmen,

mehr zur Flucht gezwungen werden. Außerdem sollten Hotspots in Nordafrika eingerichtet werden. Die Gäste aus Italien interessierten sich zudem für die Pläne Österreichs in Bezug auf "Asyl auf Zeit" und die Vorgangsweise bei den Grenzkontrollen.

Abgeordneter Wolfgang Gerstl (ÖVP) lobte den Polizei-kooperationsvertrag mit Italien und sprach die Reform der italienischen Verfassung an, die eine Umgestaltung der zweiten Kammer, also des Senats, beinhaltet. Neben einer Verkleinerung von 320 auf 100 SenatorInnen habe die zweite Kammer weniger Kompetenzen: In Zukunft soll der Senat nur noch für Verfassungsänderungen, Europafragen, ethische Themen, Minderheitenschutz und Referenden zuständig sein. Für die autonomen Regionen ist auch eine Schutzklausel vorgesehen. Finocchiaro versicherte Gerstl, dass auch Südtirol mit diesen Änderungen sehr zufrieden ist. Anschließend an diese Arbeitsgespräch empfing Bundesratspräsident Kneifel die italienische Delegation. Neben der Flüchtlingsfrage standen insbesondere Fragen zu regionaler Autonomie im Mittelpunkt des Meinungsaustausches.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1229, 12.11.2015)*



BR-Präsident Kneifel diskutierte im November 2015 Fragen zu regionaler Autonomie mit italienischen Abgeordneten in Wien. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

die zwar von der ökonomischen Solidarität in der EU profitieren, aber keine Verantwortung für Kriegsflüchtlinge übernehmen wollen. Abgeordneter Josef Cap (SPÖ) lobte die Bemühungen der EU-Beauftragten für die Außenpolitik Federica Mogherini. Klar sei jedoch, dass alles getan werden müsse, damit die Menschen in ihren Herkunftsländern entsprechende Lebensbedingungen vorfinden und gar nicht

Joachim Gauck zusammen und lud den deutschen Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten von Sachsen, Stanislaw Tillich, zu einem Gegenbesuch nach Österreich ein, was dieser gerne annahm. Weiters standen unter anderem Treffen mit dem sächsischen Landtagspräsidenten Matthias Röbber und dem sächsischen Innenminister Markus Ulbig auf dem Programm. Am

### Bundesratspräsident Kneifel trifft Bundespräsident Gauck in Berlin

Während seines zweitägigen Deutschland-Besuches in Dresden und in Berlin vom 26. bis 27. November 2015 besuchte Bundesratspräsident Kneifel auch den Deutschen Bundesrat, der das Jubiläum "25 Jahre neue Bundesländer vereinigt im deutschen Bundesrat" beging. Dabei traf Kneifel mit Deutschlands Bundespräsidenten



Bundesratspräsident Kneifel wird bei seinem Besuch im Bundesrat vom deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck und Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (re.) begrüßt. © Michael Gottschalk/photothek.net

Freitag war zunächst ein Termin mit dem Vizepräsidenten des Bundestags Johannes Singhammer geplant, im Anschluss daran nahm Kneifel an der Plenarsitzung des deutschen Bundesrates teil. Es folgte ein Gespräch mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer sowie mit dem Präsidenten des deutschen Bundesrates Tillich.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1353, 30.11.2015)*

### Ehrenzeichen für Ana Blatnik, Adelheid Ebner und Susanne Kurz

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Abgeordneten-sprechzimmer des österreichischen Parlaments wurden den Bundesrätinnen Ana Blatnik, Adelheid Ebner und Susanne Kurz hohe Auszeichnungen der Republik verliehen. Bundesratspräsident Kneifel würdigte den politischen Werdegang der sozialdemokratischen Politikerinnen sowie ihren langjährigen Einsatz für die Länderkammer und verlieh ihnen das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich (Blatnik und Kurz) bzw. das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (Ebner).

Die gebürtige Kärntnerin Ana Blatnik ist seit vielen Jahren politisch aktiv und hat sich von Anbeginn für die Rechte der heimischen Volksgruppen eingesetzt. 2004 wurde sie

als Mitglied des Bundesrates angelobt, im zweiten Halbjahr 2014 übernahm sie den Vorsitz in der Länderkammer. Durch die Verwendung der deutschen und slowenischen Sprache im Parlament hat Blatnik, die selbst Kärntner Slowenin ist, ein bewusstes Zeichen gesetzt.

Adelheid Ebner, die das Bundesland Niederösterreich in der Länderkammer vertritt, kam erstmals im Jahr 2003 in den Bundesrat. Nach ihrem Ausscheiden im Jahr 2007 wurde die Bürgermeisterin der Gemeinde Gutenbrunn in den nö. Landtag gewählt. Seit Anfang Oktober 2009 gehört die SPÖ-Politikerin wieder dem Bundesrat an.

Über viel Erfahrung im Bundesrat verfügt auch Susanne Kurz aus Salzburg, die im Jahr 2011 zur Präsidentin gewählt wurde. Die beruflichen Erfahrungen der studierten Anglistin und Germanistin wie zum Beispiel im Verein "Frauennotruf" in Salzburg, als Leiterin einer Beratungsstelle für Familien oder als Gender-Beauftragte im Landesschulrat unterstreichen ihre politischen Schwerpunkte.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1360, 1.12.2015)*



Anfang Dezember erhielten die Bundesrätinnen Susanne Kurz, Adelheid Ebner und Ana Blatnik hohe Auszeichnungen der Republik.

© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

### Bilanz

#### Kneifel: Digitalen Wandel mit demokratischer Mitbestimmung verknüpfen

Mit einer Bilanz über die Arbeit der Länderkammer während seiner Präsidentschaft und mit Visionen für die Zukunft leitete der scheidende Bundesratspräsident Kneifel die letzte Bundesratssitzung des Jahres ein. Schwerpunkt in der zweiten Jahreshälfte 2015 war "Digitaler Wandel und Politik", zudem hielten die Ländervertreter eine Enquete über "Die



Bundratspräsident Kneifel zieht in der Sitzung vom 17. Dezember 2015 eine positive Bilanz seiner Amtszeit, links neben ihm sein Nachfolger Josef Saller aus Salzburg. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Zukunft des baukulturellen Erbes" ab und öffneten das Parlament für Bürgerinitiativen, die sich für die Verringerung der Hochwässer und für den Bodenschutz in Zeiten des Klimawandels engagieren, erinnerte Kneifel und gab einen Überblick über die Pflege der außenpolitischen Beziehungen und der Kontakte zu Ländern, Gemeinden und BürgerInnen, vor allem auch zur Jugend des Landes.

### Schwerpunktthema der Präsidentschaft: Digitaler Wandel und Politik

Zum Hauptthema "Digitaler Wandel und Politik" (siehe dazu Seite 5–8) schilderte Kneifel den Prozess, der mit einer Veranstaltung am 22. Juli 2015 startete und eine Zwischenbilanz auf der Plattform [www.besserentscheiden.at](http://www.besserentscheiden.at) bot. Das Thema wurde in den Bundesländern, bei Betriebsbesuchen und in Forschungseinrichtungen diskutiert und war am 18. November 2015 Gegenstand einer parlamentarischen Enquete. "Wir müssen den digitalen Wandel mit neuen Angeboten zur demokratischen Mitbestimmung verknüpfen", sagte der Bundratspräsident und nannte Petitionen, Bürgerbefragungen, Volksabstimmungen, die Einholung von BürgerInnen-Meinungen VOR Erstellung eines Gesetzesentwurfes und E-Voting.

Am 17. Dezember beschlossen die BundesrätInnen zudem einstimmig einen Allparteiantrag zur "Digital Roadmap".

### Kneifels Zukunftsvisionen für die Länderkammer

Ein nachdrückliches "Ja" sagte Kneifel zu einem modernen Föderalismus und zum Bundesrat: "Derzeit leben 85 Prozent der EU-Bevölkerung in Staaten mit einem Zweikammer-system." Mit der Einrichtung eines Zukunftsausschusses sei der Bundesrat auf dem richtigen Weg, sagte Kneifel. Über die Begleitung und Kontrolle der Bundesgesetzgebung hinaus sollte er sich als gesetzgebende Körperschaft profilieren, die Zukunftsthemen mutig aufgreift, bevor ein Ministerium einen Gesetzesentwurf vorlegt. Den neuen Bundesrat sieht Kneifel als Länderkammer, als Europakammer Österreichs, als Zukunftskammer und als Deregulierungskammer. Zur Umsetzung dieser Vision brauche es weder eine Reform der Geschäftsordnung noch eine Verfassungsreform, sondern nur "gemeinsamen Willen", sagte Kneifel. Der kürzlich konstituierte Bundratsausschuss für Innovation, Forschung und Zukunft unter Stefan Schennach müsse sich entsprechend präsentieren.

### Deregulierung und Bürokratieabbau forcieren

Dem Ausschuss für Verfassung, Demokratie und Föderalismus wiederum weist Kneifel die Aufgabe zu, die Rolle der Länderkammer in der Deregulierung und beim Bürokratieabbau zu stärken. Die zweite Kammer des österreichischen Parlaments stehe an einer Weggabelung, sagte Kneifel. Ihre Aufgaben im Sinne von Ausgleich und Kontrolle hätten seit den Tagen Hans Kelsens zugenommen. Bei der Neuorientierung gelte es, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass der neue Bundesrat die Bundesgesetzgebung aus Ländersicht begleitet, sich um Deregulierung und Bürokratieabbau kümmert, Zukunftsthemen aufgreift, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor einem Gesetzesentwurf diskutiert, aufbereitet und an die Regierung weiterleitet. In diesem Zusammen-



Bewusstsein für Demokratie zu vermitteln war und ist Bundesratspräsident Kneifel immer ein wichtiges Anliegen – hier mit einer Gruppe von StudentInnen aus Bayreuth. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Ranz

hang erinnerte Kneifel an einen Gesetzesantrag des Bundesrates zur Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes. Auf Anregung der Landeshauptleutekonferenz sieht diese Initiative die Entflechtung der Zustimmungsrechte von Ländern und Bund vor, womit auch ein Beitrag zur Deregulierung und damit zur Vereinfachung geleistet wird.

### Kontakte zu Nachbarländern, Bürgerinnen und Bürgern sowie zur Jugend

Außenpolitisch pflegte der Bundesratspräsident gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Besuchen in der Schweiz, der EXPO in Mailand, in Tschechien, Südtirol sowie in Dresden und Berlin. Fast 29.000 Kilometer legte Gottfried Kneifel in Österreich zurück, um Bundesländer, die Föderalismuskonferenz in Innsbruck, Regionaltreffen, Gemeindetage und den Jugend-Dialog in Bregenz zu besuchen. Der Kontakt mit der Jugend gestaltete sich besonders intensiv, zum Beispiel im Rahmen des Jugendparlaments. Wichtig war und ist Gottfried Kneifel, das Bewusstsein für Demokratie und Parlamentarismus zu stärken. Mehr als 1.000 Menschen, davon 400 Jugendliche, konnte Kneifel allein aus Oberösterreich zu Führungen und Diskussionen empfangen.

### Starkes Plädoyer für europäische Werte

Der Bundesratspräsident appellierte zudem, die europäischen Werte zu verteidigen: "Die Attentate von Paris und die zunehmende Migration sollen alle Menschen in Europa anregen, unsere Werte wie Meinungs-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit, die Trennung von Kirche und Staat, die Gewaltenteilung und das Recht auf ein unabhängiges Gericht neu zu definieren und öffentlich zu vertreten. Unsere in Jahrhunderten durch Vernunft, Demokratie und Humanismus entwickelten europäischen Werte müssen wir verantwortungsbewusst verteidigen und mit neuem Leben erfüllen und nicht aus falsch verstandener Toleranz schamhaft verschweigen oder zugunsten einer wertfreien Beliebigkeit gar vergessen", so Kneifel.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1441, 17.12.2015, Nr. 1473, 30.12.2015)



Bundespräsident Heinz Fischer empfing den scheidenden BR-Präsidenten Gottfried Kneifel und seinen Nachfolger Josef Saller zum Jahreswechsel 2015/2016 in der Hofburg. Begleitet wurden die beiden von den BR-VizepräsidentInnen Ernst Gödl und Ingrid Winkler. © Peter Lechner/HBF

## Viktor Sigl Jugend für Demokratie begeistern

Jugend und Demokratie – Themen, die sowohl für Landtagspräsident KommR Viktor Sigl als auch für Bundesratspräsident Gottfried Kneifel Schwerpunkte in ihrer politischen Arbeit sind. Laufend stellt sich dabei die Frage: Wie kann man politische Beteiligung junger Menschen steigern, damit sie politisch besser mitmischen?

### Demokratieverständnis bestes Rezept gegen Gewalt

Die Vermittlung von Demokratie hat nicht zuletzt durch die terroristischen Anschläge der letzten Monate an Bedeutung gewonnen. "Viele Attentäter waren zwischen 20 und 30 Jahren alt und sind in demokratischen EU-Staaten aufgewachsen. Wie ist eine derartige Radikalisierung in unserer Gesellschaft möglich? Es ist nun unsere Aufgabe, die Faszination Demokratie den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln", betonte Landtagspräsident Sigl. Bundesrat Kneifel ergänzt: "Impulse für mehr Demokratieverständnis sind das beste Rezept gegen Rassismus, Extremismus und Gewalt. Demokratie braucht aber auch immer wieder eine Einladung zur Mitbestimmung und Beteiligung."

### Weitere Öffnung der Parlamente – gerade für junge Menschen

Einig zeigen sich Viktor Sigl und Gottfried Kneifel auch bei der Öffnung der Parlamente für die Öffentlichkeit: "Die Parlamente gehören nicht den Abgeordneten und den Politikern, sondern den Bürgerinnen und Bürgern und sollen ein Ort der Begegnung sein. Deshalb soll jede und jeder die Möglichkeit haben, die Räumlichkeiten zu besichtigen und mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen."

So sollen auch verstärkt Projekte für Jugendliche wie etwa die Werkstatt für Demokratie im oberösterreichischen Landhaus oder die Demokratiewerkstatt im Wiener Parlament stattfinden. In der Werkstatt für Demokratie in Oberösterreich erarbeiten einmal jährlich rund 400 Jugendliche die Vorteile der Demokratie und die Aufgaben



Viktor Sigl, oberösterreichischer Landtagspräsident, mit dem öö. Bundesratspräsidenten Gottfried Kneifel. © BRP/Harald Engelsberger

des oberösterreichischen Landtags in Workshops und fassen das Erlernte in einer Zeitung oder einem Kurzfilm zusammen. "Um Politik für Jugendliche noch greifbarer darzustellen, berichten Abgeordnete des oberösterreichischen Landtags aus dem politischen Alltag", so Sigl.

### Persönlicher Kontakt macht Politik greifbar

Das Wichtigste, um Politik und Demokratie greifbarer zu machen, ist aber der persönliche Kontakt. Deshalb stellen sich Sigl und Kneifel auch gerne für Diskussionsrunden mit Jugendlichen zur Verfügung. "Es sollten uns künftig nicht nur Jugendliche in den Parlamenten besuchen, sondern Direktorinnen und Direktoren uns zu Diskussionen einladen", regen beide parteiübergreifende Diskussionen in den Schulen an. Ein Grund für Sigl, auch in diesem Jahr das Thema "Jugend und Demokratie" aktiv anzugehen und Diskussionen mit Jugendlichen in den oberösterreichischen Schulen zu führen: "Nur so können wir die Vorteile der Demokratie Jugendlichen besser vermitteln."

## Josef Pühringer Als Partner gemeinsam erfolgreich sein



Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer bei seiner Rede vor dem Bundesrat. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Anlässlich der Übernahme der Bundesratspräsidentschaft durch Oberösterreich hielt Landeshauptmann Josef Pühringer Anfang Juli eine Rede im Bundesrat. Er widmete sich vor allem der Bedeutung des Föderalismus, aber auch den Leistungen der Gründerväter der Zweiten Republik. So begann er mit einem Zitat des früheren Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger, wonach die Verfassung immer "die Selbstdarstellung einer Nation" sei – dazu gehöre eben auch das "föderative Prinzip".

### Kooperation aller Ebenen im föderalen Staat Österreich

"Wir Ländervertreter sehen uns als eigenständige Mitglieder des Bundesstaates. Wir sind keine nachgeordneten Organe des Bundes.", so Pühringer. Die Länder könnten in das Verhältnis zwischen Ländern und Bund viel einbringen, denn föderale Strukturen seien "das beste Angebot an die Bürger". Jede Studie zeige, so der Landeshauptmann, dass die BürgerInnen sich in kleinen politischen Einheiten stärker einbringen würden als in großen. Alle großen Herausforderungen der Vergangenheit seien immer nur

dann erfolgreich bewältigt worden, "wenn Bund und Länder zusammengearbeitet haben". Heute seien neue Aufgaben zu meistern, die eine gute Zusammenarbeit notwendig machen würden. Als Beispiele dafür nannte Pühringer etwa die Themen "faire" Finanzausgleichsverhandlungen, Asyl, Deregulierung, Fachhochschulen, Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflege und Soziales. Bei all diesen Themen garantiere Föderalismus eine "kostenminimale" Lösung.

### Subsidiaritätsprüfung als wichtige Aufgabe des Bundesrates

Weiters wies Pühringer auf die hohe Bedeutung Europas hin: "Wir werden auch immer wieder klarmachen müssen, dass es ohne europäische Lösung nicht gehen kann." Er bezog sich auf die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips und zitierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: "Europas Aufgaben liegen bei den großen Herausforderungen, wie Schuldenkrise oder Flüchtlingsströme. Europas Aufgaben liegen nicht in der Normierung von Duschköpfen und Olivenöl-Kännchen."

### Blick in die Geschichte ist Handlungsauftrag für die Gegenwart

Pühringer schloss seine Rede mit einem Verweis auf die Gründerväter der Zweiten Republik, bei denen er sich im Gedenkjahr 2015 für ihre Leistungen bedankte: "Man kann aus der Geschichte lernen, dass Demokratie ihre Mängel und Fehler hat, aber dass es zu ihr einfach keine Alternative gibt." Bei allen Problemen, die Österreich heute habe, sagte Pühringer, dürfe man nie vergessen, dass es 1945 und in den Folgejahren ums "Überleben" der ÖsterreicherInnen gegangen sei, heute gehe es ums "Besser-Leben". Das sei ein großer Fortschritt, der aber auch zu Kooperation und politischer Partizipation verpflichte. Das Gemeinsame, so Pühringer, müsse vor dem Trennenden stehen.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 772, 2.7.2015)

### Vorsitzland Salzburg

#### Neuer Bundesratspräsident Saller setzt neue Schwerpunkte

In seiner Antrittsrede betonte der Präsident des Bundesrates, Josef Saller drei Punkte: Er appellierte an die Dialogbereitschaft aller, unterstrich die Bedeutung der Mitwirkung der Länder in der Gesetzgebung durch den Bundesrat und hob die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens hervor.



Im Mai setzte er mit einem Seniorenparlament neue Akzente. Saller, ehemaliger Hauptschuldirektor, rückte während seines sechsmonatigen Vorsitzes in der Länderkammer das Thema "lebenslanges Lernen" verstärkt in den Fokus der politischen Debatte und widmete sich dabei v.a. der Frage der Bildung von SeniorInnen. Er knüpfte damit an die Präsidentschaft von Sonja Zwanzl im ersten Halbjahr 2016 an, der es besonders um die duale Ausbildung gegangen ist; aber auch der "digitale Wandel", den ihr Nachfolger, Gottfried Kneifel, in den Mittelpunkt gestellt hat, hat eine wesentliche bildungspolitische Komponente.

#### Lernen ist ein Leben lang wichtig

"Bildung kennt keine Altersgrenzen", so Saller. Man müsse Rahmenbedingungen schaffen, damit keine gesellschaftliche Gruppierung von modernen Entwicklungen ausgeschlossen bleibt. Die ältere Generation müsse sich dessen bewusst werden, dass Bildung nicht mit 60 Lebensjahren aufhört. Bildung bedeute nicht nur Wissensvermittlung, es bedeute darüber hinaus u.a. Kulturbewusstsein und Begegnung mit Medien. Die Lebensqualität in der nachberuflichen Lebensphase werde durch Bildung bereichert, es bedürfe aber auch Verfahren zur Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kenntnissen und Kompetenzen in allen Bildungssektoren. Zu diesem Thema hat der Bundesrat im Mai auch eine parlamentarische Enquete abgehalten.



Bundesratspräsident Saller begrüßt seine Gäste beim Salzburg-Abend im Parlament und skizziert die Schwerpunkte seiner Präsidentschaft.

#### Globale Herausforderungen brauchen funktionierende Gemeinschaften

Der Bundesratspräsident ging in seiner Rede auch auf die aktuellen Probleme und Herausforderungen ein – nicht nur innerstaatlich, sondern auch global: Seien es die Flüchtlingsströme, die mangelnde Solidarität innerhalb der EU, die Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten, die Eurokrise, aber auch die Frage der Finanzierung der Pensionen in Österreich selbst – all das erfordere von allen große Dialogbereitschaft. Saller warnte vor dem Versuch, egoistische Träumereien zu verwirklichen. Vielmehr seien Visionen für funktionierende Gemeinschaften gefragt.

#### Mitwirkung der Länder in der Gesetzgebung

Den Bundesrat hält Saller für unverzichtbar, sichert er doch die Mitwirkung der Länder auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Den LändervertreterInnen gehe es auch darum, die Akzeptanz in der Gesetzgebung und den Mitwirkungsgrad des Volkes in der parlamentarischen Demokratie, die auf Grund- und Freiheitsrechten beruht, zu verbessern.

Josef Saller hat Salzburg vertreten, das von Jänner bis Juni 2016 turnusmäßig die Vorsitzführung in der Länderkammer übernommen hat. Dies fällt auch mit der 200-jährigen Zugehörigkeit des Bundeslands zu Österreich zusammen.



Die musikalische Gestaltung des Salzburg-Abends übernehmen die Bischofshofener Tanzmusi und die Pongauer Almhörner.  
Fotos © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



"Ein historisches Ereignis, das von allen damals befürchteten Lösungen auch aus der Sicht Salzburgs wohl die beste war und damit wohl das Antlitz von Österreich dauernd und prägend zum Positiven verändert hat", so Saller.

Mit einem Salzburg-Abend in der Säulenhalle des Parlaments wurde Anfang März die Übernahme des Vorsizes im Bundesrat durch Salzburg mit Josef Saller und Landeshauptmann Wilfried Haslauer gefeiert. Die Säulenhalle des Parlaments, deren Säulen aus Salzburger Marmor gefertigt sind, seien ein passendes Bild für die tragende Rolle der Bundesländer im Aufbau der Republik, sagte Salzburgs Landeshauptmann in seinen Begrüßungsworten. Der Bundesrat erfülle eine zentrale politische Aufgabe, indem er die Verbindung zwischen der Bundeshauptstadt und den Ländern herstelle.

*(Quellen: PK Nr. 110, 11.2.2016, und Nr. 225, 9.3.2016)*

## Europa

### EU-Vorhaben: Stellungnahmen der Landtage ab sofort online verfügbar

Seit August 2010 hat das österreichische Parlament verstärkte Mitwirkungsrechte in der Gesetzgebung der EU. Sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat können neue EU-Vorhaben einer Subsidiaritätsprüfung unterziehen, also systematisch danach durchforsten, ob EU-weite Regelungen im gegenständlichen Bereich überhaupt notwendig bzw. zweckmäßig

sind. Der Bundesrat nimmt dieses im Vertrag von Lissabon verankerte Recht stark wahr. Er zählt hier zu den aktivsten Parlamentskammern in Europa. Dabei ist der Bundesrat zur Weiterleitung von Informationen an die Länder verpflichtet, um ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In den vergangenen fünf Jahren sind 29 solcher Stellungnahmen von fünf Bundesländern eingelangt. Im Sinne einer verbesserten Transparenz sind diese Stellungnahmen der Länder ab sofort auf der Website des österreichischen Parlaments abrufbar. Damit erhält auch die interessierte Öffentlichkeit Zugang zu diesen Dokumenten.

### EP-Berichterstatte Federley informiert österreichische ParlamentarierInnen

Erstmals wurde zu einer Diskussion in Nationalrat und Bundesrat ein Berichterstatter des Europäischen Parlaments eingeladen. Künftig soll es bei wichtigen EU-Vorhaben einen engeren Informationsaustausch zwischen den zuständigen EU-ParlamentarierInnen und den Abgeordneten nationaler Parlamente geben. Zur Premiere wurde der Berichterstatter zur Emissionshandelsrichtlinie im Europäischen Parlament, Fredrick Federley, eingeladen, um die ParlamentarierInnen zu den Reformplänen der EU im Bereich Emissionshandel zu informieren. Dieser stellt als eine der wichtigsten Säulen der europäischen Klimaschutzpolitik ein wichtiges Instrument





Aussprache von Mitgliedern des Bundesrates mit dem Berichterstatter des Europäischen Parlaments Fredrick Federley.

© Parlamentsdirektion/Gerhard Koller

dar, um den Ausstoß von klimaschädlichen Abgasen durch Unternehmen zu reduzieren, konkret um 40 Prozent bis 2030. Unternehmen in Europa dürfen nur eine bestimmte Menge an klimaschädlichen Abgasen ausstoßen; für alles, was darüber hinausgeht, müssen sie Zertifikate kaufen. Das soll sie dazu motivieren, Energie zu sparen und umweltfreundliche Technologien zu nutzen bzw. in diese zu investieren. Die Unternehmen können nach Bedarf mit Rechten zum Kohlendioxidausstoß auch untereinander handeln.

Durch die Wirtschaftskrise sind die Zertifikate äußerst billig geworden, da die Nachfrage gesunken ist. Darüber hinaus gibt es mehr Zertifikate, als die Unternehmen brauchen, was zu einem Überschuss von rund zwei Milliarden Kohlendioxidzertifikaten geführt hat. Damit fehlt auch der Anreiz für Investitionen in klimaschonende Technologien. Dem will die EU nun gegensteuern, indem etwa 1,5 Milliarden Zertifikate zur Marktstabilisierung in einer Reserve gelagert und damit dem Markt entzogen werden sollen, so Federley. Auch SPÖ-Bundesrat Stefan Schennach betonte, dass der Emissionshandel in den letzten Jahren nicht das gebracht hat, was er hätte sollen. Federley betonte, man brauche für den Emissionshandel einen faireren Preis, deshalb müsse der Markt straffer organisiert werden. Nicht mehr alle Industrien sollen kostenlose Papiere erhalten, sondern nur diejenigen, die effizient arbeiten und von Abwanderung betroffen sind.

Das sollte man in fünf Jahren evaluieren. Einen Preiskorridor hält er erst dann für zweckmäßig, wenn das neue Emissionshandelssystem etabliert ist. Darüber hinaus sprach sich der EU-Parlamentarier dafür aus, Umrüstungen zu fördern.

### Internethandel – Bundesrat schickt kritische Mitteilung nach Brüssel

Bereits zum wiederholten Male standen Vorschläge der EU zum Internethandel auf der Tagesordnung des EU-Ausschusses des Bundesrates. Der Bundesrat übt schon in der Vergangenheit mehrmals Kritik an den Plänen, unter anderem mit einer Subsidiaritätsrüge. Man vermutet dahinter den Versuch, das im Jahr 2015 aufgrund massiven Widerstands zurückgezogene Paket zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht durch die Hintertür wieder einzuführen. Der Bundesrat schickte deshalb einstimmig eine Mitteilung nach Brüssel, in der allgemein befürchtet wird, dass das Instrument zu einem komplizierten und parallelen Gewährleistungsregime führen könnte, das sachlich nicht gerechtfertigt ist. In diesem Sinne warnen die Bundesrätinnen und Bundesräte auch davor, dass die Kommission beabsichtigt, den Richtlinienentwurf auch auf den klassischen stationären Einzelhandel auszudehnen.

### EU-Ausschuss des Bundesrates sucht proaktiven Dialog mit Europäischer Kommission

Das Verfahren der "Grünen Karte" soll nationale Parlamente dazu ermutigen, der EU-Kommission konstruktive und unverbindliche Empfehlungen zur EU-Politik oder zu Legislativvorschlägen zu übermitteln. Sie ist jedoch nicht mit einem Initiativrecht für Legislativvorschläge zu verwechseln, das nur der EU-Kommission zusteht. Der EU-Ausschuss des Bundesrates will in diesem Rahmen aktiver an der Gesetzgebung der Europäischen Union mitarbeiten. Ausschussvorsitzender Edgar Mayer (ÖVP) unterstrich die Wichtigkeit, sich als Bundesrat bei derartigen Initiativen zu artikulieren und mitzuwirken – und zwar nicht nur als Proteststimme im Zuge der Subsidiaritätsprüfung von Kommissionsvorschlägen, sondern eben vor allem als konstruktive Kraft im Rahmen der Mitgestaltung und

Weiterentwicklung der EU. Die Grüne Karte bildet somit in gewisser Weise das Gegenstück zum sogenannten Subsidiaritätsprüfungsmodell, bei dem nationale Parlamente binnen acht Wochen eine begründete Stellungnahme (Subsidiaritätsrüge) vorbringen können, wenn sie einen Gesetzesentwurf der EU für subsidiaritätswidrig halten. Angestoßen wurde die neuerliche Diskussion über die Anwendung der Grünen Karte vom House of Lords des britischen Parlaments. Auf dessen Initiative hin verlangten 17 EU-Ausschüsse nationaler Parlamente von der EU-Kommission, einen Gesetzgebungsvorschlag zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung vorzulegen.

### Der Bundesrat zeigt dem EU-Abfallpaket die Rote Karte

Eine Subsidiaritätsrüge gab es im EU-Ausschuss des Bundesrates für den EU-Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Abfälle. Obwohl die Initiative der EU-Kommission grundsätzlich von allen begrüßt wurde, befürchteten die LändervertreterInnen einen zu großen Eingriff in die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. In der einstimmig beschlossenen begründeten Stellungnahme (Subsidiaritätsrüge) drücken sie ihr Bedauern darüber aus, dass das Niveau der Ambitionen gegenüber dem Paketvorschlag aus dem Jahr 2014 gesunken ist. Die LändervertreterInnen stoßen sich auch an der großen Zahl der geplanten delegierten Rechtsakte und dem erwarteten vermehrten Verwaltungsaufwand. Die Subsidiaritätsrüge des Bundesrates wurde vom Umweltressort und der Wirtschaftskammer begrüßt.

### Gedenken

Zeitzeuge Marko Feingold:

"Das Wichtigste ist die Demokratie"

Am 5. Mai 1945 wurde das Konzentrationslager Mauthausen von US-Soldaten befreit. Seit 1997 erinnert man sich alljährlich in einer Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus an die Opfer des Nationalsozialismus und an die grausamen Geschehnisse von damals. Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Josef Saller begrüßten dieses Jahr die rund 600 Gäste im Historischen Sitzungssaal des Parlaments.

Bures sprach von Österreichs Lehren aus der Geschichte und mahnte, weiterhin auf der Hut zu bleiben: "Wir haben beschönigende Geschichtsmymthen hinter uns gelassen." Österreich sei damit aber auch die Verpflichtung eingegangen, im Hier und Jetzt ganz besonders wachsam zu sein. Und wir haben allen Grund dazu: Zahlen des Innenministeriums belegen einen Anstieg rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Aktivitäten in Österreich. Im Vorjahr wurden rund 1.200 Fälle



v.li.: Bundesratspräsident Josef Saller, Direktorin Jüdisches Museum Wien Danielle Spera, Bundespräsident Heinz Fischer, Präsident IKG Salzburg Marko Feingold, NR-Präsidentin Doris Bures, Musiker Otto Lechner, Schauspielerin Anne Bennent, Margit Fischer, Zweiter NR-Präsident Karlheinz Kopf. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

bekannt. Wir müssen auf der Hut sein! Auf der Hut sein, wenn unantastbar geglaubte Tabugrenzen überschritten werden". Am Ende ihrer Rede bedankte sich die Nationalratspräsidentin überdies für das wertvolle Engagement des "Zeitzeugen eines Jahrhunderts" Marko Feingold und bei Bundespräsident Heinz Fischer, der sich in allen Stationen seines politischen Lebens für die Opfer des Nationalsozialismus eingesetzt habe. Der Nationalfonds für die NS-Opfer habe unter seiner Leitung als Nationalratspräsident die Arbeit aufgenommen – und Fischer habe ihn geprägt: "Ich weiß, es war niemals bloß Verpflichtung, sondern ein ehrliches Bedürfnis und Ausdruck einer tiefen politischen Überzeugung."

Saller sagte in seiner Begrüßungsrede, dass es seine Zeit gedauert habe, bis das Langzeitgedächtnis dieser Republik erwacht sei und Österreich sich seiner Vergangenheit gestellt habe. Denn es habe Jahrzehnte zur Rückgabe geraubten und arisierten Eigentums gebraucht oder Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu entschädigen. Heute sieht Saller in der aufrichtigen und klaren Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus eine Chance, die Generationen zu einen. Seinen höchsten Respekt zollte Saller Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Zeit des Nationalsozialismus, denn: "Sie mussten das Leid, die Ungerechtigkeit, die Schmach und den Schmerz am eigenen Leib erfahren." Saller hob dabei besonders hervor, dass die ZeitzeugInnen ihr Leben trotzdem dem Mahnen und der Versöhnung gewidmet haben.

#### Zeitzeuge Marko Feingold: "Das Wichtigste ist die Demokratie"

Zeitzeuge Hofrat Marko Feingold berichtete äußerst eindringlich aus seinem Leben. Etwa von Transporten, bei denen unzählige NS-Opfer ermordet wurden. Im Gespräch mit der Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, betonte er vor allem in Richtung der zahlreich anwesenden Jugendlichen: "Das Wichtigste im Leben ist die politische Einstellung. Das Wichtigste ist die Demokratie. Diktaturen sind immer schlecht, egal ob von links oder von rechts oder auf religiöser Basis." Bereits in der Vergangenheit hat er immer wieder betont, dass eine friedliche Lösung einer gewalttätigen stets vorzuziehen sei. Feingold hat die KZ Auschwitz, Neuengamme, Dachau und Buchenwald überlebt. Von vier Geschwistern ist er der einzige Überlebende. Heute ist Feingold Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg.

Für die künstlerische Gestaltung der Veranstaltung sorgten die Schauspielerinnen und Rezitatorinnen Anne Bennent und der Akkordeonist Otto Lechner. Eigens für den Gedenktag haben die beiden die "Todesfuge" von Paul Celan, mehrere Gedichte der aus Czernowitz stammenden, 1942 in einem nationalsozialistischen Zwangsarbeiterlager ermordeten Dichterin Selma Meerbaum-Eisinger sowie Lyrik der bekannten österreichischen Schriftstellerin Ilse Aichinger vertont.

#### Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus bietet eine Chance

Die Rede von Bundesratspräsident Josef Saller bei der Gedenkveranstaltung am 9. Mai 2016 im Wortlaut:

*"[...] Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Mein Geburtsjahr ist das Jahr 1945. Ich bin also – könnte man sagen – genauso alt, wie das „Dritte Reich“ Gott sei Dank Vergangenheit ist. Es heißt immer, mit fortschreitendem Alter des Menschen tritt das Langzeitgedächtnis in den Vordergrund. Vielleicht verhält es sich ja ähnlich mit dem Erinnerungsvermögen unserer Republik.*



"Es sind gerade junge Menschen, die sich diesem Gedenken stellen und sich engagieren", betont Saller.  
© Parlamentsdirektion/J. Zinner

*Je mehr Jahre vergehen, desto deutlicher wird die Erinnerung an die Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945. Wenn ich dagegen an die Jahre meiner Kindheit und Jugend zurückdenke, so war das Kurzzeitgedächtnis unserer Gesellschaft damals jedenfalls äußerst schwach ausgeprägt. Vergessen waren die jüdischen Nachbarn, die Sinti und Roma, die behinderten Kinder, die der Rassenwahn des Nationalsozialismus beraubt, vertrieben oder ver-*

*nichtet hatte, verdrängt die Opfer politisch Andersdenkender, die Widerstand geleistet und dafür mit ihrem Leben bezahlt haben.*

*Allzu gerne verschanzte man sich hinter dem Selbstverständnis als erstes Opfer des „Dritten Reiches“, wollte nicht mehr konfrontiert werden mit dem, was war und mit der eigenen Verantwortung. Man arrangierte sich mit den neuen Verhältnissen, so, wie man sich mit der Herrschaft des „Dritten Reiches“ arrangiert hatte, und richtete den Blick nach vorn.*

*Es hat eine Zeit gedauert, bis das Langzeitgedächtnis dieser Republik erwachte und wir uns unserer Gegenwart gestellt haben. Es brauchte Jahrzehnte, um die Rückgabe geraubten und arisierten Eigentums in Angriff zu nehmen oder die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern umzusetzen. Heute gedenken wir hier im Parlament gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus und setzen damit ein Zeichen gegen Gewalt und Rassismus.*

### **Persönliches Gedenken an Menschen, die aus unserer Mitte gerissen wurden**

*Ich möchte dieses Gedenken als ein sehr persönliches Gedenken verstehen, an einzelne Menschen – Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen –, die aus unserer Mitte gerissen wurden. Dieses Herausreißen aus der Mitte unserer Städte, Dörfer und Gemeinden machen die Stolpersteine des deutschen Künstlers Gunter Demnig, wie kaum ein anderes Gedenkprojekt, spürbar. Straße für Straße, Haus für Haus zeigen sie die Orte auf, an denen verfolgte Menschen einst gelebt haben, sie benennen jeden Namen, jedes Schicksal. 310 sind es bisher in Salzburg, und viele werden noch folgen.*

*Es freut mich daher ganz besonders, dass in den vergangenen Jahren in meinem Heimatbundesland Salzburg neue Orte des Gedenkens entstanden sind – immer öfter auch aus privater Initiative von Menschen. Es sind gerade – und das freut mich besonders – junge Menschen, die sich diesem Gedenken stellen und sich engagieren. Die aufrichtige und klare Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus bietet heute eine Chance, die Generationen zu einen.*

### **Höchster Respekt vor Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – Marko Feingold als besonderer Ehrengast**

*Höchsten Respekt habe ich vor den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Sie mussten das Leid, die Ungerechtigkeit, die Schmach und den Schmerz am eigenen Leib erfahren und haben dennoch die unglaubliche Kraft gefunden, ihr Leben dem Mahnen und der Versöhnung zu widmen.*

*Es ist mir daher auch eine besondere Ehre, Herrn Hofrat Marko Feingold unter uns begrüßen zu dürfen. Herr Feingold, im gesegneten Alter von 103 Jahren, selbst ein Überlebender, stellen Sie bis heute ihr Leben in den Dienst der Versöhnung. Sie waren sogar bereit, einen Stolperstein-Schmieranten in der Haft zu besuchen, um ihm seinen Irrweg begreifbar zu machen. Das ist wahre menschliche Größe!*

*Zeitzeugen wie Marko Feingold sind wichtig. Sie führen uns unsere Geschichte und unser moralisches Erbe vor Augen. Sie zwingen uns, auf die Geschichte des Nationalsozialismus zurückzublicken. Sie drängen uns dazu, Handlungsaufträge für die Zukunft zu formulieren. Nur so können wir unseren Kindern und Enkeln die Werte der Demokratie und der Menschenrechte vermitteln, die die Basis für eine friedliche Gesellschaft sind.*

### **Verständnis, Toleranz und Respekt als Fundament der Gesellschaft**

*Ich denke, dass es heute die Aufgabe der Politik ist, klarzumachen, dass unser aller Anspruch sein muss, sich nicht verführen zu lassen. Auch damals gab es Menschen, die sich nicht verführen lassen.*

*Wir müssen heute ganz besonders auf die jungen Menschen zugehen, ihnen Ausbildung und die bestmögliche Bildung zukommen lassen, eine Bildung, die auch das Wissen um unsere Vergangenheit mit all ihren hellen und dunklen Seiten umfasst.*

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

*Umfassende Bildung, wie ich sie verstehe, ist die Grundlage für Verständnis und Toleranz, für Respekt vor dem anderen und sich selbst. Nur diese Werte machen eine Demokratie lebendig und stark. Sie sind das Fundament für eine Gesellschaft, in der Menschenrechte als zentraler Wert nicht verhandelbar sind.*

*In diesem Sinne wünsche ich mir, dass sich unser Gedenken nicht im Blick zurück erschöpft, sondern uns befähigt, aus der Erinnerung die richtigen Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. – Vielen Dank."*

### Besuche und Treffen

#### Generalaudienz bei Papst Franziskus in Rom – ein "Versöhner und Mahner"

Bundesratspräsident Josef Saller nahm im April an einer Generalaudienz von Papst Franziskus am Petersplatz in Rom teil. Im Anschluss würdigte er den Heiligen Vater als Menschen des Dialogs, der den Kontakt zu Menschen sucht: "Er tritt als Versöhner auf und mahnt zu Nächstenliebe, Respekt und Bescheidenheit. Sein unerschütterliches Vertrauen in die Menschheit macht ihn zu einem Vorbild für uns alle." Zuvor traf Saller Mitglieder der Kongregation für das Katholische Bildungswesen zu einem Arbeitsgespräch. Mit dem Sekretär, Kurienerzbischof Angelo Vincenzo Zani, und dem Untersekretär, dem in Wien geborenen Ordensgeistlichen Priester Friedrich Bechina FSO, sprach Saller über Pläne und Konzepte der Lehrerausbildung in Österreich sowie über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Lehrerausbildung. Saller betonte dabei den Stellenwert von Bildung als wichtiges Mittel für gegenseitiges Verständnis und um Werte wie Toleranz und Respekt zu vermitteln. Im Zuge der Generalaudienz überreichte der Bundesratspräsident dem Papst eine Nachbildung des frühmittelalterlichen Rupertuskreuzes aus Sallers Heimatstadt Bischofshofen.



Saller bei Papst Franziskus: "Er mahnt zu Nächstenliebe, Respekt und Bescheidenheit." © Servizio Fotografico - L'Osservatore Romano

### Österreich und Russland wollen Kooperation ausbauen

Vom Bekenntnis zum Ausbau der guten bilateralen Beziehungen war der Besuch der Stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Föderationsrates Galina Karelova bei Bundesratspräsident Josef Saller getragen. Beide Seiten zeigten sich an der vor allem regionalen Verstärkung der Zusammenarbeit interessiert und verbanden große Erwartungen mit dem gemeinsamen russisch-österreichischen Tourismusjahr 2017. Denn gerade der Tourismus gebe Gelegenheit, Gespräche zu führen und Initiativen zu setzen, die anschließend auch andere Bereiche erfassen.

Österreich hat auf russischem Gebiet rund 500 Betriebsniederlassungen. Sowohl Saller als auch Karelova bedauerten die Sanktionen der Europäischen Union, meinten aber, der Zusammenarbeit und der guten Gesprächsbasis dürften diese keinen Abbruch tun. In Zeiten, die von vielen Unruhen und Spannungen geprägt sind, seien bilaterale Beziehungen enorm wichtig. Nur so könne man die Eigenheiten des jeweils anderen Landes kennenlernen und anerkennen sowie Verständnis füreinander und für die Anliegen des jeweils anderen finden.



Der Bundesratspräsident im Gespräch mit der Stv. Vorsitzenden des russischen Föderationsrates I. E. Galina Karelova. © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

### Touristische und kulturelle

#### Zusammenarbeit mit Tatarstan vertiefen

Bei einem gemeinsamen Gespräch mit einer Delegation aus Tatarstan stand die Vertiefung der guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Russland im Vordergrund. Es gelte, die gemeinsame Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen weiter zu intensivieren. Dazu bekannten sich der Präsident der Russischen Föderationsrepublik Tatarstan, Rustam Nurgalijewitsch Minnikhanow, und Bundesratspräsident Josef Saller bei einem gemeinsamen Arbeitsgespräch. Österreich habe mit Russland immer gute Beziehungen in vielen Bereichen wie dem Tourismus oder auf kultureller Ebene gepflegt. In diesen Bereichen müssten nun die gemeinsamen Berührungspunkte für einen intensiven Austausch genutzt werden, um die Völker zu verbinden und gute Beziehungen zu prägen. Besonders auf wirtschaftlicher Ebene gebe es gute Beziehungen mit Tatarstan und Russland. Bundesrat Ferdinand Tiefnig (ÖVP) betonte, die wirtschaftlichen Kontakte der österreichischen Unternehmen mit Russland und Tatarstan weiter ausbauen zu wollen und lobte Tatarstan als Vorzeigeland der Russischen Föderation im Bereich der Technologisierung. Tatarstan war mit einer großen Delegation mit den Ministern

für Industrie und Handel sowie Informationstechnologien und Kommunikation und Vertreterinnen und Vertreter von Behörden für bilaterale Gespräche in Österreich.

#### Intensive diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kanada

Seit 65 Jahren verbinden Österreich und Kanada diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sowie gemeinsame Projekte im unternehmerischen und schulischen Bereich. Der Ausbau dieser engen sowie politischen und interparlamentarischen Zusammenarbeit war das Ziel der Kanada-Reise einer Bundesratsdelegation von 5. bis 10. Juni 2016 in Ottawa und Toronto sowie bei österreichischen Unternehmen und Vertretungen in Kanada. Insbesondere auf unternehmerischer Ebene verbinden die beiden Länder zahlreiche Kooperationen. Immerhin ist die Europäische Union als Wirtschaftsraum mit 9,8 Prozent des Außenhandels der zweitgrößte Handelspartner Kanadas. Für Österreich ist Kanada mit einem Exportvolumen von rund einer Milliarde Euro der viertwichtigste Überseemarkt nach den USA, China und Japan. Die Vertreter beider Seiten unterstrichen im Zuge der Gespräche die Wichtigkeit von Handelsabkommen wie dem Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen



Die Delegation aus Tatarstan zu Gast im Parlament bei Bundesratspräsidenten Saller in Wien. © Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel



Begleitet von der österr. Delegation traf BR-Präsident Saller seinen kanadischen Amtskollegen George J. Furey. © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann

Kanada und der Europäischen Union oder dem aktuell verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Dabei wurden auch aktuelle Herausforderungen wie der Umweltschutz, Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung, das verhaltene Wirtschaftswachstum und angesichts der steigenden Terrorgefahr auch Sicherheitsthemen diskutiert. Hier wollen beide Seiten die Zusammenarbeit vertiefen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, gemeinsame Projekte zu intensivieren und neue Projekte vor allem auf unternehmerischer Ebene starten zu können.

### Schüleraustausch zwischen Österreich und Kanada verstärken

Bundesratspräsident Josef Saller sprach vor allem Bildungsthemen an – etwa den Schüler- und Studentenaustausch zwischen Österreich und Kanada – sowie die wichtige Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich Tourismus, die man intensivieren wolle. Speziell den Schüleraustausch wollen Kanada und Österreich deutlich verstärken, um auch für eine künftige enge Zusammenarbeit den Weg zu ebnen, die kulturellen Gemeinsamkeiten zu vertiefen und den kulturellen Austausch zu fördern. Josef Saller hob dabei zudem die Austrian Research and Innovation Talks hervor, die im

Oktober 2016 erstmals in Toronto gastieren und ein wichtiges Zeichen der gemeinsamen Bemühungen zur Vertiefung des Austauschs zwischen den beiden Ländern sind.

### Kanada als Vorbild in der Flüchtlingsfrage

Auf dem Programm standen ein Besuch des kanadischen Senats, des Oberhauses im Parlament, sowie des Unterhauses in Ottawa. Dabei traf die Bundesratsdelegation den Präsidenten des kanadischen Senats, George J. Furey, und den Präsidenten des kanadischen Unterhauses, Geoffrey Regan, zu Arbeitsgesprächen. Beide Seiten hoben hervor, wie wichtig parlamentarische Besuche für den interparlamentarischen Dialog und die diplomatischen und bilateralen Beziehungen seien, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Aber auch Möglichkeiten des Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen wurden gemeinsam erörtert. Bei einem Treffen mit John McCallum, dem Minister für Einwanderung, Flüchtlinge und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, wurde über die Herausforderungen angesichts der Flüchtlingsströme nach Europa gesprochen sowie die integrativen Maßnahmen und Projekte Kanadas, um die vielfältigen Kulturen und



Die österr. Delegation sprach mit Kanadas Integrationsminister John McCallum über Flüchtlinge in Europa. © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann



Österreichische Betriebe sind im Ausland stark vertreten: Die österr. Delegation beim Besuch der kanadischen Niederlassung von Palfinger. © Palfinger Inc.

Traditionen zu vereinen. Hier wolle Österreich einige Ideen und Ansätze Kanadas übernehmen, um eine bestmögliche Integration der Flüchtlinge in Österreich zu gewährleisten. Nur so schaffe man die Möglichkeiten eines vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenlebens, das nötig sei, um allen Menschen in Österreich die besten Chancen zu bieten, was auch Österreich als Land nachhaltig nutzen könne. Beide Seiten betonten dabei, wie wichtig ein humanitärer Umgang mit den notleidenden und Zufluchtsuchenden Menschen trotz der umfassenden und großen Herausforderungen sei und dass dies fundamentale Grundsätze beider Länder sind.

Im Zuge des Kanada-Aufenthalts besuchte die Delegation auch die Palfinger North America Group sowie die Legislativversammlung in Ontario. Ziel solle sein, so Vertreterinnen und Vertreter beider Länder, die Zusammenarbeit auch auf unternehmerischer Ebene auszubauen.

Der Delegation gehörten neben dem Bundesratspräsidenten auch Ingrid Winkler und Ernst Gödl, die Vizepräsidenten des Bundesrates, sowie ÖVP-Fraktionsvorsitzender Edgar Mayer, FPÖ-Fraktionsvorsitzende Monika Mühlwerth und Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann an.

### Mehr Zusammenarbeit zwischen den Nachbarn Tschechien und Österreich

Bundesratspräsident Josef Saller unterstrich beim Grenzlandtreffen zwischen Österreich und Tschechien, dass ein Ausbau der Verkehrswege zwischen Brünn und Wien sowie Linz und Prag zentral sei, ebenso wie eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, insbesondere für den Spracherwerb. Thema des Treffens war "Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich mit dem Fokus auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit" und hat auf Einladung des Präsidenten des Senats der Tschechischen Republik, Milan Štěch, stattgefunden. Ziel des Treffens war es, die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich weiter zu stärken. Saller betonte dabei, "dass wir ausgehend von gesicherten Außengrenzen weiter daran arbeiten müssen, die Grenzen zwischen unseren Ländern in Europa abzubauen, sie weniger spürbar zu machen – auch die Grenzen in den Köpfen". Der Fantasie in der Gestaltung grenzüberschreitender Zusammenarbeit seien dabei keine Grenzen gesetzt. Dabei spielten Verkehrsverbindungen eine besondere Rolle, um einander begegnen zu können, seien es Radwege, Straßen,

Bahn- oder Fährenverbindungen.

Im Bildungsbereich herrschte Einigkeit, dass der bilaterale Austausch zwischen Kindergärten, Schulen, Fachhochschulen und Universitäten verstärkt werden soll, denn das sei die Grundlage für ein besseres Verständnis und damit auch besseren Austausch auf weiteren Ebenen. "Wir müssen solchen Austausch weiterhin nach Kräften fördern, ideell und finanziell", bekräftigte Saller. Wichtig sei aber die ganzheitliche Betrachtung der Bildung, also neben Kindergärten, Schulen und Hochschulen auch die berufliche Weiterbildung und das lebensbegleitende Lernen. "Bildung stärkt den Einzelnen, unsere Wirtschaft und unsere



Regionen näher zusammenbringen: Grenzlandtreffen tschechischer Senatsmitglieder und österreichischer Bundesrätinnen und Bundesräte in Slavonice im April 2016. © Martin Vlček



Gesellschaft." Dabei sei das Vermitteln von Allgemeinbildung als Rahmen und Fundament elementar, um Spezialwissen sinnvoll einsetzen zu können. Und das Kennenlernen und der Austausch unter Nachbarn in Europa seien Teil einer solchen Allgemeinbildung.

### Kroatischer Außenminister fordert gesamteuropäisches Vorgehen bei Flüchtlingen

"Die Kooperation in der Migrationskrise entlang der Balkanroute hat gezeigt, dass auch kleine Staaten etwas bewegen können", unterstrich der kroatische Außenminister Miro Kovač bei einem Treffen mit Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates im österreichischen Parlament. Er bekannte sich auch mit Nachdruck zu den Ergebnissen der Westbalkan-Konferenz und betonte, die Schließung der Balkanroute sei ein klares Signal, "dass nicht alle Flüchtlinge dieser Welt nach Europa kommen können". Es sei wichtig, den Menschen zu helfen, einen ungebremsten Zustrom könnten die Gesellschaften in Europa aber nicht verkraften, warnte er. Die Flüchtlingskrise macht für Kovač aber auch den Charakter der EU als Schicksalsgemeinschaft deutlich. Die Politiker denken im Sinn ihres Wählerauftrags zwar nationalstaatlich, müssen aber gleichzeitig auch gesamteuropäisch agieren. Bundesratspräsident Josef Saller griff den Bereich Wissenschaft und Forschung auf und trat für die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kroatien auf diesem Gebiet ein.

### Kasachstan setzt auf erneuerbare Energie

Bei der OSZE-Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung in Wien war für viele internationale TeilnehmerInnen das österreichische Parlament ein fixer Programmpunkt. So auch für die kasachische Delegation unter Leitung von Kassym-Jomart Tokayev, Präsident der gesetzgebenden Kammer des Parlaments in Astana. Begleitet wurde Tokayev von mehreren Abgeordneten des kasachischen Parlaments, unter anderen Ikram Adyrbekov, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses. Vor dem Gespräch mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten

Karlheinz Kopf traf Tokayev Bundesratspräsident Josef Saller zu einem Arbeitsessen. Neben internationalen Herausforderungen wie dem Ukraine Konflikt und der Terrorismusbekämpfung wurde auch die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit dem zentralasiatischen Staat besprochen.

### Österreich als Vorbild für Indonesien

Eine indonesische Bundesratsdelegation informierte sich im österreichischen Parlament über die Wahl, Zusammensetzung, Kompetenzen und Instrumente des österreichischen Bundesrates sowie dessen Position im politischen System Österreichs. Denn auch Indonesien verfügt über einen Bundesrat, in den jede der 44 Provinzen des 240 Millionen EinwohnerInnen zählenden Staates drei VertreterInnen entsendet. Nun plant der Inselstaat jedoch eine Verfassungsänderung, mit der die direkt gewählte zweite Kammer der des indonesischen Nationalrates gleichgestellt werden soll.

Die österreichischen Bundesräte René Pfister (SPÖ) und Gerald Zelina (ÖF) erklärten die gesetzgeberischen Möglichkeiten des österreichischen Bundesrates, die Interessen der Länder zu vertreten, vor allem im politischen Willensbildungsprozess der eigenen Fraktionen. In diese innerparteiliche Diskussion, die dem Gesetzgebungsprozess in den Ausschüssen vorangeht, bringen die Bundesrätinnen und Bundesräte neben



Tischrede von Bundesratspräsident Saller beim Zusammentreffen mit der kasachischen Delegation. © Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

sozialen und wirtschaftlichen Interessen auch die Interessen der neun Bundesländer ein. Stark nehme der Bundesrat das im Vertrag von Lissabon verankerte Recht von Parlamenten wahr, Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union nach dem Kriterium der Subsidiarität, also danach zu prüfen, ob eine Regelung auf der richtigen politischen Ebene in Europa angesiedelt sei. Auf diesem Gebiet zähle der österreichische Bundesrat zu den aktivsten Parlamentskammern in Europa.

### Ban Ki-moon spricht im österreichischen Parlament

Im Zuge eines Wien-Besuchs sprach UN-Generalsekretär Ban Ki-moon kurze Worte im Nationalrat des österreichischen Parlaments. In seiner 20-minütigen Erklärung hob Ban Ki-moon Österreich als Ort der internationalen Gemeinschaft und des globalen Handelns hervor, vor allem die Rolle Österreichs in der Bewältigung der Flüchtlingsströme nach Europa. Der UN-Generalsekretär mahnte jedoch auch weiterhin eine menschliche und humane Lösungssuche im Rahmen internationaler Vereinbarungen und Verträge ein. Im Zuge des Parlamentsbesuchs traf Ban Ki-moon Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Josef Saller.

### Saller trifft die Netzwerk-Community zum Thema Digitalisierung

"Das Internet ist ein globales Netzwerk, das von Menschen aus aller Welt genutzt wird. Doch immer mehr erhält dieses Netzwerk auch eine lokale Dimension. Wir alle sind gefordert, uns anzupassen und Schritt zu halten. Der Politik kommt dabei sehr großer Stellenwert zu: Sie muss die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sie den gesellschaftlichen Paradigmenwechsel und die Chancen zu einem Wirtschaftsmotor macht", betonte Bundesratspräsident Josef Saller bei der Eröffnung des IFIP-Networking-events im Mai 2016. Die Universität Wien und Vizerektor Universitätsprofessor Dr. Heinz Fassmann waren die Gastgeber der 15. Veranstaltung der Reihe. Das Ziel der Events ist es, die Netzwerk-Community aus Forschung und Industrie zu versammeln und zu vernetzen, um aktuelle Themen, Fortschritte und Trends zu diskutieren sowie Visionen zu formulieren.



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon mit VertreterInnen des Bundesrates, v. li.: Bundesratsvizepräsident Ernst Gödl, Bundesrätin Nicole Schreyer, Bundesratspräsident Josef Saller, Bundesratsvizepräsidentin Ingrid Winkler und Bundesrat Reinhard Todt. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Saller betonte auch, dass sein Amtsvorgänger Gottfried Kneifel das Grünbuch "digitaler Wandel und Politik" in Auftrag gegeben hat. Fünf Kernbereiche wurden darin formuliert, in denen Innovationen und Investitionen besonders dringlich sind: Forschung und Innovation, Wirtschaft, Politik, Infrastruktur und Bildung. "Im Bildungsbereich ist die Medienpädagogik gefordert, Modelle für die digitale Grundversorgung sowie die Bildung und Ausbildung von Medienkompetenz für alle Generationen zu entwickeln", so Saller.

### Esten plädieren dafür, die Türen nach Europa mit Umsicht offen zu halten

Ohne sichere EU-Außengrenzen und ohne Überprüfung und Registrierung der Flüchtlinge sei eine faire Verteilung der Menschen innerhalb der EU nicht möglich, betonte Kalle Palling, der Vorsitzende des EU-Ausschusses des estnischen Parlaments, gegenüber österreichischen MandatarInnen aus National- und Bundesrat. Nationalrat Wolfgang Gerstl (ÖVP) und Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ) führten in den beiden Unterredungen jeweils den Vorsitz auf österreichischer Seite. "Wir müssen in Europa die Türen offen halten, dabei aber mit Umsicht vorgehen", so Palling. Estland organisiere daher auch

den Schutz seiner EU-Außengrenze neu, sein Land nehme diese Aufgabe sehr ernst. Bundesrat Schennach wies darauf hin, dass Österreich eine große Tradition habe, Schutzsuchende aufzunehmen. Neben Deutschland und Schweden sei es derzeit am meisten vom Flüchtlingsstrom betroffen. Beide Seiten waren sich einig, dass es eine gemeinsame europäische Lösung braucht. Die estnische Delegation besuchte neben Österreich auch die Slowakei, um die Kooperation auf parlamentarischer Ebene zu intensivieren.



Schülerinnen und Schüler der HS-Bischofshofen am Präsidium im Bundesratssitzungssaal © Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

### Jugend

#### SchülerInnen zu Gast im Parlament –

#### Junge Menschen sollen Lust auf Politik bekommen

Ein herzliches Willkommen im österreichischen Parlament! – das heißt es regelmäßig nicht nur für die TeilnehmerInnen von Jugendparlamenten oder Jugendführungen durch das Hohe Haus, viele Gruppen von SchülerInnen und Lehrlingen informieren sich im direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern über ihre Tätigkeit. Auch Bundesratspräsident Josef Saller hat Jugendgruppen begrüßt, darunter Schülerinnen und Schüler der Hauptschule seines Heimatortes Bischofshofen, die nicht nur das historische Gebäude besichtigen durften, sondern direkt am Präsidium, dem Arbeitsplatz des Bundesratspräsidenten Platz genommen haben. Der Austausch mit jungen Menschen ist für Saller ein besonderes Anliegen, denn es gilt, ihnen Lust auf Politik zu machen.

#### Kinder erlernen das politische Handwerk und bekommen eine Chance, Politik zu verinnerlichen

"Das Verständnis von Politik im Allgemeinen und das Verstehen der demokratischen Prozesse im Speziellen sind elementare Bausteine der Allgemeinbildung. Deshalb sollten wir Kindern und Jugendlichen die Chance geben, Demokratie zu verinnerlichen und sich so später aktiv an der Politik beteiligen zu können", sagte Bundesratspräsident Josef Saller am 21. Juni 2016 im Rahmen seines Besuches der Demokratiewerkstatt. Dieses Projekt des Parlaments wurde von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gestartet, mit dem Ziel, Demokratie für Kinder und Jugendliche erlebbar zu machen. Seither haben rund 76.500 SchülerInnen die Workshops der Demokratiewerkstatt besucht. Der ehemalige Lehrer und Hauptschuldirektor Josef Saller stellte sich für die Fragen einer engagierten Schülergruppe der Hauptschule Pasching zur Verfügung.

Eine Woche zuvor hat der Bundesratspräsident die Ehrung von Demokratiewerkstatt-Profis vorgenommen. Die SchülerInnen müssen dazu vier der Workshops absolvieren. Josef Saller überreichte die Medaillen und gratulierte den Teilnehmenden: "Für mich als ehemaligem Lehrer ist es sehr schön, zu sehen, wieviel Engagement und Interesse die SchülerInnen zeigen. Das zeigt mir, dass die Demokratie auch in einigen Jahrzehnten noch lebendig sein wird."



Wer vier Workshops im Parlament absolviert hat, ist "Demokratiewerkstatt-Profi" – hier überreicht Bundesratspräsident Saller diese Auszeichnung an eine Schülerin © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

## Internationale Vernetzung

Lernen voneinander – unter diesem Motto empfing Bundesratspräsident Josef Saller zahlreiche internationale Gäste im Parlament. Aktive Vernetzung und der Aufbau stabiler Partnerschaften standen im Zentrum der vielen Gespräche.



Italienischer Botschafter Giorgio Marrapodi zu Gast bei Bundesratspräsident Josef Saller.  
© Parlamentsdirektion/  
Michael Buchner



Bundesratspräsident Josef Saller (2.v.re.) und der ehemalige Parlamentspräsident von Zypern Alexis Galanos (mi.).  
© Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner



Chinesischer Botschafter Zhao Bin zu Gast im Parlament. © Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner



Der chilenische Botschafter Armin Andereya bei seinem Eintrag ins Gästebuch.  
© Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel



Mit dem russischen Botschafter Dmitrij Ljubinskij. © Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner



Bundesratspräsident Saller mit der bulgarischen Botschafterin Elena Shekerletova.  
© Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel



Botschafter der Islamischen Republik Iran S.E. Ebadollah Molaie mit Bundesratspräsident Saller und Bundesratsvizepräsident Gödl. © Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel



Britische Botschafterin Susan le Jeune d'Allegeershecque CMG mit Josef Saller.  
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

### Bilanz

#### Brücken bauen als wichtigste Aufgabe für die Zukunft

Am 30. Juni 2016 zog Bundesratspräsident Josef Saller aus Salzburg vor der Länderkammer des österreichischen Parlaments die Bilanz seiner Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2016 und skizzierte seine Überlegungen für ein starkes, zukunftsfittes Österreich.

*"In herausfordernden Zeiten muss es das vorrangige und primäre Ziel der Politiker aller Länder sein, gegen Hass, Rassismus und Gewalt vorzugehen."*

Herausfordernde Zeiten seien es, in denen wir leben, betonte der Bundesratspräsident eingangs. Vielfältige Gefahren wie der internationale Terrorismus, globale Hunger- und Versorgungskrisen und kriegerische Konflikte würden zu Leid, Verfolgung und Flucht führen. Umso mehr sei es daher Aufgabe der Politik, gegen Hass, Rassismus und Gewalt

mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten. "Egoismus muss der Solidarität, politische Alleingänge müssen dem Dialog und Allmachtfantasien müssen Visionen einer funktionierenden internationalen Gemeinschaft weichen", so Saller. Österreich müsse dabei – wie auch schon in der Vergangenheit – den internationalen Dialog diplomatisch vorantreiben.

#### Appell für generationenübergreifende Gestaltung von Politik

Bundesratspräsident Saller rief die Bundesrätinnen und Bundesräten dazu auf, den Folgegenerationen ein starkes, freies und zukunftsfittes Österreich zu übergeben. Daher sei es notwendig, Politik zu einem generationenübergreifenden Prozess zur gemeinsamen Gestaltung des Landes zu machen. Es gehe darum, so Saller, vor allem jene Generation am politischen und gesellschaftlichen Diskurs und auch an der Willensbildung teilhaben zu lassen, die die Zukunft dieses Landes darstelle: die Jugend. Dazu sei aus seiner

Sicht ein durchlässiges, modernes Bildungssystem notwendig: "Jede Österreicherin und jeder Österreicher [muss] jederzeit seine Kompetenzen und sein Wissen ausbauen und bestmöglich einsetzen können. Denn die Stärke einer Gesellschaft erwächst aus der Stärke der einzelnen Individuen", sprach sich der Bundesratspräsident einmal mehr für Bildung und lebenslanges Lernen aus. Saller beschrieb in Folge die dazu in seiner Amtszeit von ihm gesetzten Initiativen, um den Bundesrat als Bildungs-Denkwerkstätte zu etablieren, darunter eine Expertendiskussion zum Thema "Lebenslanges Lernen" sowie das Seniorenparlament.



Bundesratspräsident Saller: "Österreich braucht eine starke und moderne Länderkammer!"  
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

### Bildung ist mehr als nur Politikverständnis

Es sei wichtig, alle Menschen in den politischen Prozess miteinzubinden, so der Bundesratspräsident, der nicht nur auf das Seniorenparlament, sondern auch auf die Demokratiewerkstatt und das Jugendparlament verwies. Dieser Blick hinter die Kulissen sei eine gute Möglichkeit, Politikverständnis zu vermitteln, um Teilhabe überhaupt erst zu ermöglichen. Bildung sei aber mehr als das, so Saller: "Bildung fördert das Verständnis füreinander, ermöglicht Respekt und Toleranz. Daran müssen wir weiter arbeiten, denn das sind die elementaren Werte, die ein friedliches und demokratisches Österreich ermöglichen."

*"Denn die Stärke einer Gesellschaft erwächst  
aus der Stärke der einzelnen Individuen."*

Einmal mehr verwies der Bundesratspräsident auch auf die Bedeutung der Digitalisierung, dadurch werde es möglich, alle Menschen in Österreich zu Bildung einzuladen und auch mitzunehmen. Neue Modelle der Medienpädagogik würden dabei Chancen eröffnen, Bildung immer und überall anbieten zu können. Diese Vernetzung von Wissen und die Integration ins tägliche Leben aller Österreicherinnen und Österreicher sei eine dringliche Aufgabe, so Saller.

### Bundesrat als wichtiges Bindeglied zwischen Europa, Parlament und Regionen

Neben dem Bildungsschwerpunkt legte Bundesratspräsident Saller auch großen Wert auf Vernetzung und Dialog. Der Bundesrat sei ein wichtiges Bindeglied zwischen der Europäischen Union, dem österreichischen Parlament und den Regionen, so Saller. Die Gespräche mit internationalen Delegationen würden oft touristische und unternehmerische Aspekte beinhalten und so dazu beitragen, den gesamten Standort Österreich zu stärken. Als besonders positives Beispiel hob Saller die Erfahrungen während seines mehrtägigen Besuches in Kanada hervor: "Auch in Kanada haben wir starke österreichische Unternehmen, die sinnbildlich für die gute Zusammenarbeit auf vielen Ebenen stehen.

Ihre Erfahrung ist es, die wir an die heimischen Betrieben weitergeben müssen, um sie zu ermutigen, international zu expandieren und aufzutreten." Es gelte Brücken zu bauen und Grenzen in den Köpfen abzubauen.

Saller verwies auch auf die wichtige Kooperation mit den Nachbarländern, wo es beispielsweise gelte, die Verkehrswege auszubauen, so wie dies auch beim Grenzlandtreffen in Slavonice betont wurde. Dieser internationale Austausch, der auch und gerade Möglichkeiten für junge Menschen beinhalten müsse, sei überdies unter dem Aspekt des Kennenlernens anderer Kulturen zu sehen, der das Kulturverständnis fördern würde. Eines müsse jedenfalls gerade in herausfordernden Zeiten klar sein, forderte Bundesratspräsident Saller: "Nur der kulturelle und wirtschaftliche Austausch auf allen Ebenen – Wirtschaft, Politik und Wissenschaft – schafft Verständnis füreinander, stärkt das Miteinander und fördert die diplomatischen Beziehungen. Und das ist der Weg, den wir für eine friedliche Welt gehen müssen!"

*"Wir müssen Brücken bauen und die Grenzen  
in unseren Köpfen abbauen!"*

### Persönliche Dankesworte und positiver Ausblick für die Zukunft

Ganz persönlich bedankte sich Bundesratspräsident Saller bei den Bundesrätinnen und Bundesräten dieser für ihn so starken Länderkammer. Ebenso dankte er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit denen er in diesen intensiven und spannenden Monaten zusammengearbeitet hatte. Saller verwies darauf, dass auch die von ihm gesetzten Initiativen auf die Arbeit seiner Vorgängerinnen und Vorgänger aufbauten und zeigte sich überzeugt, dass diese erfolgreiche Arbeit auch unter dem künftigen Bundesratspräsidenten aus der Steiermark, Mario Lindner, fortgeführt werden wird.

Bundesratspräsident Saller appellierte ganz am Ende seiner Rede an seine Kolleginnen und Kollegen: "Lassen Sie uns innovativ und kreativ sein. Denn Österreich braucht eine starke und moderne Länderkammer!"

## Wilfried Haslauer Föderalismus als Erfolgsgarant



Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei seiner Rede vor dem Bundesrat. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer nutzte seine Erklärung im Plenum des Bundesrates am 10. März 2016 für ein eindringliches Plädoyer. Föderalismus garantiere Nähe, stehe für das Erkennen von Stärken und Schwächen, Erreichbarkeit, Ansprechbarkeit und rasche Entscheidungen. Das Gegenteil von Nähe heißt Entfernung, und politisch übersetzt bedeutet dies Entfremdung. Auch europäische Erfahrungen zeigten, dass föderal organisierte Staaten – wie die Schweiz, Deutschland, Belgien und Österreich – zu den erfolgreichsten zählen. In der Verfasstheit eines Staates gehe es nämlich nicht nur um das organisatorische, infrastrukturelle und rechtliche Funktionieren, sondern auch um Emotionalität und Identität.

### Eindringlicher Appell zur Zusammenarbeit und für mehr Entscheidungsstärke

Die Sorge um die gegenwärtige Krise der repräsentativen Demokratie verortete der Landeshauptmann, im Befund einer weit fortgeschrittenen Entfremdung, die auch damit zu tun habe, dass sich viele BürgerInnen nicht mehr ausreichend vertreten und wahrgenommen fühlen. Es herrsche das Gefühl der Ohnmacht und der latenten Unzufriedenheit hinsichtlich man-

gelnder Reformkraft und Entscheidungsstärke vor. Gründe für diese Unzufriedenheit ortete er z.B. in dem Missverständnis, dass Glück mit Wohlstand zu tun habe. Außerdem, stellte der Landeshauptmann mit Sorge fest, befänden sich die politischen Lager in Auflösung. Der politische Alltag bestehe oftmals aus einem lähmenden politischen Streit, in dem es kaum um Sachlösungen gehe. Jede Sachdiskussion werde wiederum medial zum Streit hochstilisiert. Haslauer rief eindringlich dazu auf, sich wieder mehr um Zusammenarbeit, Gestaltung und Lösung der Probleme zu bemühen.

Der gegenwärtigen Krise sind das Bemühen um Vertrauen und Sicherheit sowie Verlässlichkeit und Planbarkeit gegenüberzustellen. Permanente Gesetzesänderungen und anlassbezogene Regelungen untergraben das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit als auch die Investitionssicherheit und greifen in die individuellen Lebensplanungen ein. Die Aufgaben der Bundesländer und Gemeinden stellen klassische Bereiche der Daseinsvorsorge dar, weshalb es um eine gerechte, aufgabenbezogene Verteilung auch der finanziellen Ressourcen gehe.

### Mehr gestalten – weniger verwalten

Abschließend appellierte Haslauer mit Blick auf das Jubiläum der 200-jährigen Zugehörigkeit Salzburgs zu Österreich an die Gemeinsamkeiten und positionierte sich erneut gegen Zentralisierungstendenzen. Man müsse sich konstant die Frage stellen, was die Gemeinsamkeiten sind und wie die Bundesländer die gemeinsame Politik dabei besser unterstützen können, die Aufgaben effizienter, bürgernäher, zeitgemäßer und kostengünstiger zu gestalten. Dies treffe auch umgekehrt zu, indem die Bundesebene alles tun müsse, um die Bundesländer zu unterstützen. Unsere Errungenschaften seien nicht gottgegeben sondern volatil; es liege an uns, diese zu erhalten. "Vielleicht sollten wir vieles neu definieren, um uns mehr dort zu sehen, wo wir uns haben wollen", schloss der Salzburger Landeshauptmann.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 227, 10.3.2016)

## Kunst im Parlament Maria Lahr und Gertraud Spreitz

Das Bundesland Salzburg hatte im ersten Halbjahr 2016 den Vorsitz im Bundesrat inne. Nicht nur die Salzburger Landesfahne am Dach des Parlamentsgebäudes und im Sitzungssaal des Bundesrates wies aufmerksame BeobachterInnen auf diesen Umstand hin. Von März bis Juni 2016 wurden diese beiden Symbole durch einen künstlerischen Akzent ergänzt. Im Salon des Bundesrates eröffnete Bundesratspräsident Josef Saller eine Ausstellung mit Bildern von Maria Lahr und Skulpturen von Gertraud Spreitz. In seinen Begrüßungsworten erinnerte Saller daran, dass Kunst sehr viel mit Demokratie zu tun hat und im Parlament allgegenwärtig ist.

### Künstlerinnen aus Salzburg zeigen ihr breites Œuvre

Vorge stellt wurden die beiden Salzburger Künstlerinnen vom ehemaligen Präsidenten des Rechnungshofes Franz Fiedler der sich von den ausgestellten Arbeiten beeindruckt zeigte und unter anderem die Bewegung in vielen Skulpturen von Spreitz hervorhob. Lahr sei überdies eine Meisterin der Farbe, betonte er. Generell wies Fiedler darauf hin, dass KünstlerInnen zwar bestrebt seien, ihre Inspiration an den Betrachtenden zu bringen, die Interpretation eines Kunstgegenstands aber vom Betrachter bzw. der Betrachterin abhängt.



Die Künstlerinnen Maria Lahr (li.) und Gertraud Spreitz mit Bundesratspräsident Josef Saller. © Parlamentsdirektion/BKA/Hans Hofer



Maria Lahr, "Parlament", Aquarell, 2016.  
© Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall

Maria Lahr, Jahrgang 1954, wurde in Schwarzach im Pongau geboren und ist seit dem Abschluss ihres Studiums an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien als freischaffende Künstlerin tätig. Im Mittelpunkt ihres Schaffens stehen Frauenkörper, wobei sie nicht nur zu Aquarellfarben, sondern auch zu Tusche, Öl, Acryl und anderen Materialien greift. Prominent vertreten in der Ausstellung sind auch Lahrs farbkraftige Architekturbilder. Daneben zählen Bronzeskulpturen, Mosaik, Stoffdrucke sowie Karikaturen zu ihrem breiten Œuvre.

Auch bei den Skulpturen von Gertraud Spreitz, geboren 1948 in Pfarrwerfen, stehen menschliche Körper, vor allem Frauenfiguren und Paare, im Vordergrund. Die Autodidaktin arbeitet seit 1998 intensiv mit Ton und Glasuren.

(Quelle: *Parlamentskorrespondenz* Nr. 310, 30.3.2016)



## Landtagswahlen und Bundesrat

2015 wählten drei größere Bundesländer ihre Landtage. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundesrates. Fast zwei Jahre lang war es bei den Klubs in der Länderkammer zu keiner Veränderung in den Stärkeverhältnissen gekommen. Die ÖVP wies als stärkste Fraktion 25 BundesrätInnen auf, die SPÖ 22 und die FPÖ neun. Vier Mitglieder des Bundesrates hatten sich dem Klub der Grünen angeschlossen, und auch das Team Stronach stellte einen Bundesrat.

**Mai 2015:**

### Wahlen in der Steiermark

Am 31. Mai 2015 fand die Landtagswahl in der Steiermark statt, das Wahlergebnis blieb nicht ohne Überraschungen. Die Freiheitlichen schlossen beinahe zu den beiden Großparteien auf und erzielten ebenso 14 Landtagsmandate wie die ÖVP, während die SPÖ auf 15 Sitze kam. Grüne und KPÖ blieben bei ihren drei bzw. zwei Sitzen im Landtag. Im Bundesrat waren bis zu dieser Wahl je vier VertreterInnen von SPÖ und ÖVP einem Repräsentanten der FPÖ gegenübergesessen. Danach verfügten alle drei Parteien über jeweils drei Mitglieder der Länderkammer. Dass der "blaue" Bundesratsklub insgesamt jedoch nur auf zehn Personen anwuchs, hatte einen gänzlich anderen Grund. Im Bundesland Salzburg war es zu inhaltlichen Auffassungsunterschieden in der dortigen Landesgruppe der FPÖ gekommen. Die Auseinandersetzung führte schließlich zu einer Art Spaltung, welche die Gründung einer "FPS", einer freiheitlichen Gruppierung für Salzburg, zur Folge hatte. Und da sich der Salzburger FPÖ-Bundesrat jenen zugehörig fühlte, die aus der FPÖ ausschieden, wurde er noch im Juni fraktionsloses Mitglied der Länderkammer. Gleichzeitig sank die Gesamtzahl der VertreterInnen im Bundesrat durch Bevölkerungsverschiebungen auf nun 61, sodass nunmehr 24 ÖVP-, 21 SPÖ-, zehn FPÖ-, vier BundesrätInnen der Grünen sowie ein "Frank"- und ein FPS-Bundesrat das Plenum der zweiten Kammer des heimischen Parlaments bildeten.

Dass aber die Steiermark "anders" ist, zeigt sich nicht nur daran, dass hier auch die KommunistInnen im Landtag vertreten sind, sondern auch an dem Umstand, dass im Zuge der dortigen sogenannten "Reformkoalition" entgegen den verfassungsmäßigen Bestimmungen zuletzt nicht die stimmenstärkste Partei den Bundesratspräsidenten stellte, sondern die zweitstärkste Partei. Nachdem nun aber im Gefolge der Landtagswahlen vom Mai 2015 die zweitstärkste Partei den Landeshauptmann zuerkannt bekam, verfügt die stärkste Partei wieder über jenen Listenersten, der turnusgemäß im zweiten Halbjahr 2016 das Präsidentenamt in der Länderkammer übernehmen soll.

**September 2015:**

### Oberösterreich wählt

Im September wählten dann die OberösterreicherInnen ihren Landtag neu, und auch hier kam es zu nicht unbeträchtlichen Verschiebungen in der Wählergunst. Die Partei des Landeshauptmanns verlor über zehn Prozent der Stimmen und kam nur noch auf 21 von 56 Landtagsmandaten. Die SPÖ wiederum rutschte erstmals in der Geschichte auf unter 20 Prozent Zustimmung ab, was ein Minus von drei Mandaten bedeutete. Großer Wahlsieger war auch hier die FPÖ, die um 15 Prozent zulegte und bis auf drei Mandate an die ÖVP herankam.

Für die Länderkammer bedeutete dies, dass ÖVP und SPÖ je einen Bundesrat an die FPÖ abgeben mussten, die damit über ein Dutzend Mitglieder im Bundesrat verfügte, während die SPÖ nur noch 20 BundesrätInnen stellte und damit erstmals seit Schaffung dieser Kammer durch die Bundesverfassung von 1920 nicht einmal mehr ein Drittel der Sitze für sich in Anspruch nehmen konnte.

**Oktober 2015:**

### Wahlen in der Bundeshauptstadt

Die Wien-Wahl, die im Oktober den Reigen der Landtagswahlen des Jahres 2015 abschloss, sah schließlich zwei Sieger. Zum einen legte die FPÖ auch hier zu

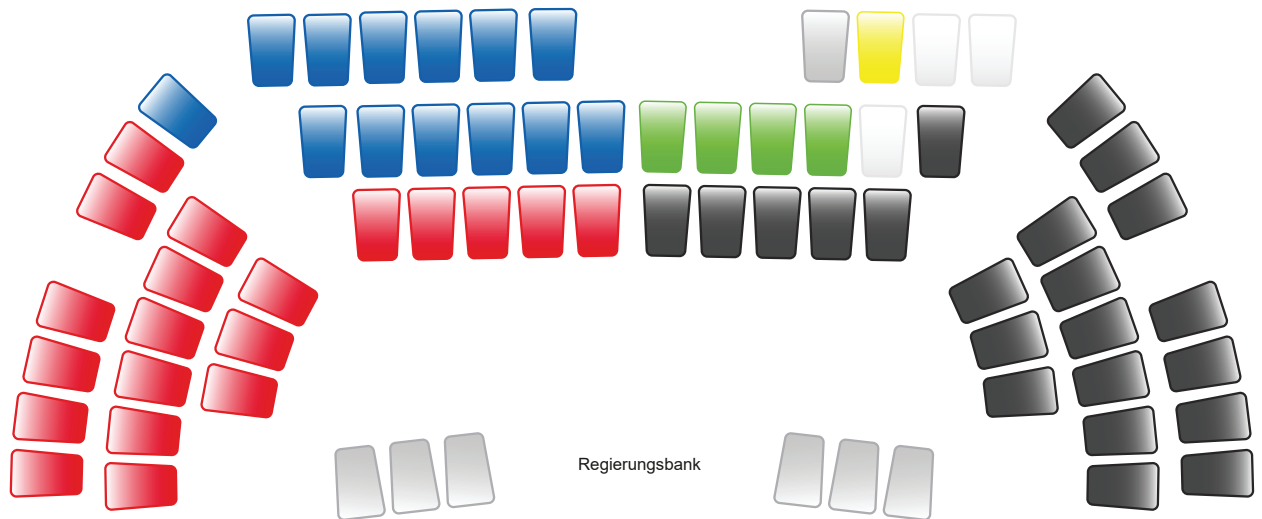
und erreichte erstmals in der Geschichte mehr als ein Drittel der Mandate, wodurch ihr aus eigener Kraft ein Vizebürgermeister zusteht. Zum anderen zogen die NEOS zum ersten Mal in das Wiener Rathaus ein. Wahlverlierer waren erneut SPÖ und ÖVP, aber auch die in Wien regierenden Grünen, die gleichfalls Stimmen und Mandate einbüßten.

Umgelegt auf den Bundesrat bedeutete dies, dass die ÖVP erstmals keinen Wiener Repräsentanten mehr in der

Länderkammer aufweist, was insofern von großer Bedeutung war, als damit der bisherige Bundesratsvizepräsident Harald Himmer kein Mandat mehr besaß. Die Koalitionsparteien verfügen nunmehr zum Zeitpunkt des Abfassens dieses Artikels über 42 VertreterInnen, die Parteien der Opposition kommen zusammen auf 19 BundesrätInnen. Und da turnus gemäß die nächste Landtagswahl erst wieder 2018 ansteht, dürfte sich an diesem Stimmenverhältnis in nächster Zeit nichts Wesentliches ändern.

MANDATSVERTeilUNG		BUNDESland	ANZAHL	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	STRONACH*	OF*
ÖVP	22 Mandate	Burgenland	3	1	2	-	-	-	-
SPÖ	20 Mandate	Kärnten	4	1	2	1	-	-	-
FPÖ	13 Mandate	Niederösterreich	12	7	3	1	-	1	-
GRÜNE	4 Mandate	Oberösterreich	10	4	2	3	1	-	-
STRONACH*	1 Mandat	Salzburg	4	1	1	-	1	-	1
OF*	1 Mandat	Steiermark	9	3	3	3	-	-	-
		Tirol	5	3	1	-	1	-	-
		Vorarlberg	3	2	-	1	-	-	-
		Wien	11	-	6	4	1	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>61 Mandate</b>								

\* ohne Fraktionszugehörigkeit



Stand: 30. Juni 2016, Quelle: Parlamentsdirektion



### Abschied Bundesratsvizepräsident Himmer

Nach rund 19 Jahren Mitgliedschaft in der Länderkammer schied Vizepräsident Mag. Harald Himmer im November 2015 nach der Wiener Landtagswahl aus dem Gremium aus. Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und Bundesratsdirektorin Dr.<sup>in</sup> Susanne Bachmann dankten ihm für seine langjährige Arbeit im Sinne des Bundesrates und seine vorbildliche Sitzungsführung. © Gottfried Kneifel



### Ingrid Winkler neue Vizepräsidentin

Am 1. Jänner 2016 übernahm Ingrid Winkler das Amt der Bundesratsvizepräsidentin von ihrer Parteikollegin Inge Posch-Gruska, die das Amt 18 Monate innehatte. © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

### Neue Ausschüsse im Bundesrat

In der Bundesratssitzung am 3. Dezember 2015 wurden die Bundesratsausschüsse neu gewählt. Die Neubestellung wurde nach den Landtagswahlen in der Steiermark, Burgenland, Oberösterreich und Wien erforderlich.

Außerdem setzte die Länderkammer mit neuen Ausschüssen Signale: So wurde mit der Einsetzung eines Kinderrechteausschusses die Bedeutung des Kinderschutzes unterstrichen. Vorsitzende ist Inge Posch-Gruska (SPÖ/B), ihre Stellvertreterinnen sind Angela Stöckl (ÖVP/N) und Marianne Hackl (ÖVP/B). Damit gehört Österreich gemeinsam mit Deutschland und Italien zu einem von drei EU-Ländern mit einem Ausschuss zu diesem Thema. Neu hinzu kam auch der Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft, den Stefan Schennach (SPÖ/W) leitet. Die Stellvertreterfunktion nehmen Gottfried Kneifel (ÖVP/OÖ) und Elisabeth Grimling (SPÖ/W) wahr. Dieser Ausschuss trat bereits am 15. Dezember 2016 zum Thema "Digitaler Wandel und Politik" erstmals zusammen. Der Bundesrat berät damit in insgesamt 24 Ausschüssen über Gesetzesvorschläge, Staatsverträge und Anträge.

*(Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 1382, 3.12.2015)*



### Präsidium des Bundesrates im ersten Halbjahr 2016

Bundesratspräsident Josef Saller (Salzburg) wurde von Vizepräsident Ernst Gödl (Steiermark) und Vizepräsidentin Ingrid Winkler (Niederösterreich) in der Vorsitzführung der Länderkammer unterstützt. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

## Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates 2. Halbjahr 2015 und 1. Halbjahr 2016 (Quelle: Bundesratskanzlei)

	2015	2016		2015	2016
Sitzungen	7	6			
Gemeinsame Sitzungen NR/BR Bundesversammlung	-	-			
<b>In Verhandlung genommen:</b>					
Gesetzesbeschlüsse	77	45			
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	2	1			
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-	-			
sonstige Zustimmungen	-	-			
davon Einsprüche	-	-			
davon 8-Wochen-Fristablauf	-	-			
Ablehnung im Ausschuss	-	-			
Vertagung im Ausschuss	-	-			
Absetzung im Ausschuss	-	-			
Ablehnung im Plenum	-	-			
Übergang zur Tagesordnung	-	-			
Stimmgleichheit	-	-			
Staatsverträge	23	5			
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	8	3			
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-	-			
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-	-			
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	2	-			
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	2	-			
sonstige Zustimmungen	-	-			
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	13	22			
Berichte der Volksanwaltschaft	1	-			
<b>Eingebracht:</b>					
Schriftliche Anfragen	26	55			
davon Dringliche Anfragen	2	5			
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-	-			
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-	-			
Gesetzesanträge	1	-			
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	1	-			
Selbständige Entschließungsanträge	2	2			
Unselbständige Entschließungsanträge	13	8			
davon angenommen	3	-			
Anträge, Einspruch zu erheben	4	2			
davon angenommen	-	-			
<b>Sonstiges:</b>					
Erklärungen von Landeshauptleuten	1	1			
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-	3			
Fragestunden	-	1			
Aktuelle Stunden	6	5			
Enquete	1	-			
<b>Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:</b>					
EU-Ausschuss	7	7			
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-	2			
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-	1			
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 iVm Art. 23k Abs. 3 B-VG	4	5			
Ausschussfeststellung	-	-			
Aktuelle Aussprache	-	1			
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4	4			
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3	2			
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2	1			
Ausschuss für Familie und Jugend	2	1			
Finanzausschuss	5	2			
Geschäftsordnungsausschuss	1	-			
Gesundheitsausschuss	3	2			
Gleichbehandlungsausschuss	1	1			
Ausschuss für innere Angelegenheiten	4	2			
Justizausschuss	4	4			
Landesverteidigungsausschuss	2	-			
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	3	2			
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1	1			
Umweltausschuss	4	-			
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	3	3			
Unvereinbarkeitsausschuss	3	1			
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5	2			
Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie	2	-			
Wirtschaftsausschuss	4	3			
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	3	2			
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-	-			
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2	-			
Kinderrechteausschuss	1	-			
Verkehrsausschuss	1	1			

**Impressum:**

*Herausgeberin, Medieninhaberin, Herstellerin:* Parlamentsdirektion

*Adresse:* Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich

*Redaktion (Text und Bild):* Susanne Bachmann, Barbara Blümel, Barbara Mader, Michael Oberbichler, Andreas Pittler, Susanne Roth

*Statistik:* Sabine Allersdorfer

*Bildnachweis Cover:* © Peter Lechner/HBF, Michael Gottschalk/photothek.net, Parlamentsdirektion/Johannes Zinner, Parlamentsdirektion/

Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer, Mike Ranz, Servizio Fotografico - L'Osservatore Romano

*Layout/grafische Gestaltung:* Dieter Weisser

*Korrektorat:* onlinelektorat.at

*Druck:* Ueberreuter

Wien, im Juli 2016

# TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRATES 2015/2016

